

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1907

234 (8.10.1907)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahm' am Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.
Abonnementpreis: Ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pfg., vierteljährlich M. 2.25. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht M. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
 Zültenstraße 24.
 Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8144.
 Sprechstunde der Redaktion: 12—1/2 Uhr.
 Redaktionsschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: Die einspaltige, kleine Zeile oder deren Raum 20 Pfg. Total-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/2 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.

Druck und Verlag:
 Buchdruckerei Ged & Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für Leitartikel, Badische und Deutsche Politik, Ausland, Kommunalpolitik und Legte Post: Wilh. Kolb; für den übrigen Inhalt: A. Weißmann.

Für den Inseratenteil verantwortlich:
 Karl Ziegler in Karlsruhe.

Hochverrat!

Morgen, also am 9. d. M., findet vor dem Reichsgericht der Hochverratsprozess gegen den Genossen Karl Liebknecht statt, der in besonderem Maße die Aufmerksamkeit der gesamten Partei verdient. Handelt es sich doch bei diesem Verfahren um den Versuch, das stehende Heer für satrapien zu erklären und die rücksichtslose Kritik des Militarismus durch den Hochverratsparagrafen zu erwidern.

Der Wirkliche Geheime Kriegsrat Dr. Komen denunzierte, wie der „Vorwärts“ mitteilt, in seiner bekannten Manier am 11. April d. J. im „Tag“ Liebknecht wegen seiner antimilitaristischen Propaganda, und bald darauf erschien der Oberreichsanwalt auf dem Plan, um die Broschüre Liebknechts „Militarismus und Antimilitarismus“ zu beschlagnahmen.

„Sieht die Staatsgewalt“ — so rief Herr Komen aus — „solchem Treiben machtlos gegenüber? Reichen die Staatsgesetze nicht aus, um solch gemeingefährlicher Mauthurfsarbeit ein Ende zu setzen, dann ergibt sich von selbst gebieterisch die Forderung nach ihrer Aenderung oder Ergänzung. Hier sind Schwäche und Nachsicht nicht angebracht und nur geeignete, die Hezer und Volksvergifter noch kruppelloser und frecher zu machen.“

Dieser Aufruf schlug bei der Oberreichsanwaltschaft ein; sie suchte schnell den Beweis zu erbringen, daß sie von Schwäche und Nachsicht nicht angekränkt ist, daß sie an Schneidigkeit hinter dem preußischen Kriegsministerium nicht zurücksteht.

Aber während selbst der durch juristische Strupel wahrlich nicht belastete Herr Komen noch daran zweifelt, daß das bestehende Strafgesetz eine Handhabe zum Einschreiten gegen Liebknecht bietet, hat Herr Oberreichsanwalt alle Schranken spielend überwunden. Wozu steht der Rautschulparagraf 86 im Strafgesetzbuch, der schon jede, ein hochverräterisches Unternehmen vorbereitende Handlung mit Zuchthaus oder Festungshaft bis zu drei Jahren bestraft? Daß dieses Monstrum von Gesetz noch vor kurzem von einem namhaften deutschen Professor als ein „schlimmes Ueberbleibsel aus der Zeit einer möglichst weitest Ausdehnung des crimen laesae majestatis“ bezeichnet worden ist, kann einen Staatsanwalt nicht anfechten, der ein staatsverräterisches Werk vollbringen will. Freilich muß der Paragraph noch weiter gereicht und ausgedehnt werden, als es die höchsten Gerichtshöfe für zulässig erklärt haben. Bis jetzt hat das Reichsgericht wenigstens daran festgehalten, daß die Verbreitung von Grundrissen, welche an sich oder in ihrer Entwicklung, wofen sie im Volke Anklang finden, zu gewalttätigen Angriffen hochverräterischer Art führen, nicht unter den § 86 fällt. Die Unterweisung in revolutionären Ideen, die Erziehung zu revolutionärer Gesinnung ist ausdrücklich als straffrei bezeichnet worden. Von diesem Rechtsprinzip muß das Reichsgericht zum erstenmal abgelenken sein, wenn es das Hauptverfahren gegen Liebknecht eröffnen konnte. Der wissenschaftlichen Forschung und der freien Kritik droht damit die größte Gefahr. Das, was die Umsturzvorlage vergeblich machen wollte, wird jetzt auf dem Wege der Gesetzesauslegung zu erreichen versucht.

So hat der Prozess gegen Liebknecht eine große Bedeutung für alle, denen die Freiheit der Wissenschaft und überhaupt das Recht der freien Meinungsäußerung am Herzen liegt und die sich einst im Kampfe gegen die Umsturzvorlage zusammenfanden.

Das charakteristische Gepräge erhält das Verfahren gegen Liebknecht jedoch dadurch, daß mit Hilfe des Strafgesetzbuches die Bekämpfer des militaristischen Geistes niedergeknüpelt werden sollen, wenn sie daran gehen, schon die Jugend mit Abscheu gegen den volksfeindlichen Militarismus zu erfüllen. Wie ungeheuerlich das Vorgehen der Reichsanwaltschaft ist, erhellt daraus, daß Liebknecht in seiner Broschüre immer wieder betonte, daß nur die „gesetzlichen Agitationsmöglichkeiten“ ausgenutzt werden dürfen, daß Rekrutenabschiede und andere Demonstrationen nur „so sie zulässig sind“ veranstaltet werden dürfen. Er schreibt klar und deutlich:

„Die Agitation wird nirgends direkt oder indirekt zu militärischem Ungehorsam auffordern dürfen, sondern ihren Zweck vollständig erfüllen, wenn sie Klarheit über das Wesen des Militarismus und seiner Rolle im Klassenkampf schafft und wenn die Empörung und der Abscheu gegen ihn durch wirk-

same Darstellungen seiner volksfeindlichen Eigenschaften und Taten erweckt werden.“ (Seite 125.)

Wie ist es gegenüber dieser wiederholten Aufforderung Liebknechts zur Gesellichkeit überhaupt möglich gewesen, ein Strafverfahren einzuleiten oder von einem hochverräterischen Unternehmen zu sprechen? Hier zeigt sich wiederum der Fluch des geheimen Vorverfahrens in unserem Strafprozeß. Wäre das Vorverfahren öffentlich, so hätte die Anklage unter den Streichen der öffentlichen Kritik von vornherein zusammenbrechen müssen.

Das, was trotz aller Heimlichkeit bis jetzt über den Prozess bekannt geworden ist, kennzeichnet ihn als eine der schlimmsten Justizaktionen. Ist doch die Nachricht unwiderrufen geblieben, daß Liebknecht bei seiner Vernehmung vorgehalten worden ist, er beabsichtige durch Anzettelung eines Angriffs Frankreichs auf Deutschland die Reichsverfassung zu stürzen. Welch eine Kühnheit gehört dazu, diesen Vorwurf gegen einen Sozialdemokraten zu erheben, dessen literarische Arbeit zum größten Teile gerade dem Bestreben gewidmet ist, Kriege zu verhüten und die Kriegsgefahren zu mindern, der oft genug einen Krieg zwischen Frankreich und Deutschland als nationales Unglück bezeichnet und als verabscheuenswerter gebrandmarkt hat! Nichts steht in der Liebknechtschen Broschüre, was auch nur den verbohresten politischen Gegner auf einen solchen Gedanken bringen könnte. Argend ein Stieber muß dem Oberreichsanwalt eine gefälteste Broschüre untergeschoben haben. Sonst stehen wir vor einem Mästel. Und noch unfassbarer ist es, wenn die Anklage Liebknecht vorwirft, er habe in seiner Broschüre empfohlen, das Proletariat im Gebrauch der Waffen und gar auch in der Herstellung der Waffen auszubilden, um mit seiner Hilfe die Militärverfassung zu zertrümmern. Die erste Broschüre ist in tausenden Exemplaren verkauft und jeder Leser kann feststellen, daß nirgends von der Ausbildung des Proletariats im Waffengebrauch oder gar in der Herstellung von Waffen gesprochen, daß nirgends auch nur ein solcher Gedanke angedeutet wird.

Herr von Liebert hat ja offen für das Deutsche Reich den Grundsatz proklamiert: „Macht geht vor Recht.“ Soll auch für die Justiz der Grundsatz sanktioniert werden, daß im politischen Prozess alle Mittel recht sind?

Auch bürgerliche Kritiker haben in den letzten Jahren oft ausgeführt, daß die Justiz das Vertrauen im Volke verloren hat. Der Liebknecht-Prozess ist wohl geeignet, diesem Vertrauen den letzten Rest zu geben.

Wer etwa glaubt, daß sich durch ihn die Sozialdemokratie in ihrem rücksichtslosen Kampfe gegen den Militarismus beirren lassen könnte, der muß — ein politisches Kind sein.

Politische Uebersicht.

Nationalliberale Bekenntnistöne.

In Wiesbaden hat sich die nationalliberale Partei zu ihrem Delegiertentage versammelt. Die lebhaftesten Kämpfe, die knap vor diesem Parteitag zwischen den Alten und den Jungen geführt wurden, liegen auch für den Vertretertag selbst leidenschaftliche Szenen erwarten. Aber der Nationalliberalismus hat von den Katholikentagen gelernt. Alle Gegensätze scheinen verschwunden zu sein, und nach dem Referat Wassermanns konnte sich sogar der Vertreter der Berliner Jungliberalen Dr. Marwig erheben, um zu erklären, daß er sich über die „liberalen Bekenntnistöne“ des Referenten herzlich gefreut habe.

Nun ist es ja ganz richtig, daß in der Rede Wassermanns ebenso wie in den Resolutionen des Vorstandes das Wort „liberal“ sehr häufig vorkommt, wenn auch nicht so oft wie das Wort „national“. Sachlich aber besteht der „liberale Bekenntnistone“ Wassermanns und dieses ganzen Parteitages darin, daß zunächst sehr entschieden der Ausbau der Flotte gefordert wird. Dazu gehört die Herabsetzung der Altersgrenze der Minenschiffe, ferner, „daß die Neubauten unserer Schiffe den Neubauten anderer Staaten in bezug auf Größe, Armierung und Verschlammung mindestens gemachen sind“. Ebenso klar und entschieden wird von der preussischen Regierung die Fortführung einer „kraftvollen Politik gegen die Polen verlangt. Und drittens hat sich Herr Wassermann sehr klar und entschieden gegen die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in Preußen ausgesprochen. Aber eine Debatte über diesen sehr heißen Punkt soll wohlweislich vermieden werden, eine Resolution bezweckend eines demnächst einzuberufenden preussischen Vertretertags. Den süddeutschen Parteifreunden, die in ihren Landtagen Begeisterung für das gleiche Wahlrecht

mimen, ja dieses sogar programmatisch fordern müssen, wird damit manche Unbequemlichkeit erspart. Sie brauchen nicht für Preußen zu verfluchen, was sie in Bayern, Baden und Württemberg anbeten müssen.

Das also waren die einzigen klaren „Bekenntnistöne“ des Herrn Wassermann: Für die größere Flotte, gegen die Pole, gegen das gleiche Wahlrecht. Alles übrige, was er und andere zum Beweise ihrer liberalen Gesinnung vorbrachten, zeichnet sich mehr durch diplomatische Gewundenheit als durch Entschiedenheit des Bekenntnistones aus. Wenn z. B. zur Reform der Strafprozessordnung „die Beteiligung des Laien-Elements in Sachen der ersten und Berufungsinstanz“ verlangt wird, so ist damit noch nicht gesagt, wie man sich zu der geplanten Ersetzung der Geschworenengerichte durch große Schöffengerichte stellt, ebenso wenig darüber, ob die Laien, die zur Rechtsprechung herangezogen werden, auch künftig aus den höheren Gesellschaftskreisen ausgewählt werden sollen. Vom Vereinsgesetz wird nicht bloß gefordert, daß es „freiheitlich“, sondern auch, daß es „national“ sein solle. Das heißt, man will sich die Freiheit nehmen, den Millionen fremdsprachiger Einwohner des Reichs ihre bisherige Versammlungsfreiheit zu rauben und von auswärts herbeigeschaffte „nützliche Elemente“ von jeder gefährlichen Aufklärung bewahren. Die freiheitliche Gesinnung der Partei wurde aber noch viel besser durch folgenden „liberalen Bekenntnistone“ Wassermanns illustriert:

Es gab eine Zeit, wo auch in der nationalliberalen Partei die Frage ventilirt wurde, ob die sozialdemokratische Bewegung nicht durch Polizeigesetze eingeschränkt werden solle. Nicht wenige gab es, die nach dem alten Sozialgesetz riefen. Der Reichstanzler aber war dieser Politik nicht geneigt. Das wird ihm einst als Verdienst zugeschrieben werden. Er hat dem berechtigten Gedanken Ausdruck gegeben: „Ich halte nicht viel von einer nervösen Gesetzmacherei.“ Ich glaube, daß dieser Gedanke immer mehr auch in unseren Reihen Platz greift. . . .

Die nationalliberale Partei bezieht also ihren Fonds freiheitlicher Gesinnung aus dem Gedankenschatz der königlich-preussischen Staatsregierung. Das Wort von der „nervösen Gesetzmacherei“ hat der Erzieher zum Liberalismus, Fürst Bülow, im Jahre 1904 im preussischen Herrenhause gebraucht, als er sich gegen die Angriffe der äußersten Rechten, gegen die Mirbach, Mantuffel, Bud, Koon u. a. wehren mußte. Wir erfahren jetzt, daß diese Herren in ihrem Kampfe gegen Bülow, der ihnen noch viel zu „liberal“ war, heimliche Bundesgenossen gefunden haben in der nationalliberalen Partei!

Schließlich wurde auf dem Wiesbadener Parteitag durch eine Resolution auch etwas begrüßt, was man die „nationalliberale Arbeiterbewegung“ nannte. Und in der Debatte über diese Resolution wurde ausgesprochen, daß sich die Unterstützung der nationalliberalen Partei „nicht nur auf die sogenannten gelben Gewerkschaften, sondern auf jede nationale Arbeiterbewegung zu erstrecken habe“. Damit ist das organisierte Streikbrechertum als die eigentliche Vertreterschaft der „nationalliberalen Arbeiterbewegung“ anerkannt.

Vom Falle Leidig war natürlich keine Rede mehr. Dieser Herr, dem öffentlich und ohne Widerspruch von einem Vorstandscollegen nachgesagt wurde, er übe seine Pflichten als nationalliberaler Volksführer nur genau so weit, wie seine Berufspflichten als Beamter, Sekretär des Schärsmacherverbandes der Industriellen reicheten — dieser Herr bleibt offenbar auch weiterhin Vorstandsmittelglied der nationalliberalen Partei. Kein „liberaler Bekenntnistone“ entrang sich seiner Brust, aber mit Behagen mag er auf den „nationalliberalen Arbeiter“ Fleischer aus Dresden blicken, der in bescheidenen Worten um „möglichst liberale Behandlung“ der Arbeiter durch die Herren Unternehmer bat. Das ist der liebe Sohn, an dem er sein Wohlgefallen hat.

Deutsche Politik.

Deutschlands Isolierung im Haag.

Mit 30 gegen 6 Stimmen hat die Haager Diplomatenkonferenz am Samstag die beiden ersten Artikel eines Entwurfs über obligatorische Einführung von Schiedsgerichten angenommen. Gegen das obligatorische Schiedsgericht, das in Prinzip einen Fortschritt in der Richtung friedlicher Verständigung bedeutet, stimmte von allen Kulturstaaten nur Deutschland und sein Trabant Oesterreich-Ungarn, dessen diplomatische Vertretung sich dabei feinsinnig in Uebereinstimmung mit den Wünschen der österreichischen Nationen befindet. Den Rest der Minderheit bildete Rumänien, Griechenland, die Türkei und China. Italien hat wieder wie bei der Konferenz von Algeiras gefunden, daß die Gesellschaft Amerikas, Frankreichs und Englands die bessere sei.

Ehrliche Friedensabsichten verleiht natürlich weder die

te 8.
 4247.2
 Abend auf
 opurt nach
 onnate mit
 he Kinder
 e im Schloß
 p. abzugeb.
 etten
 ings,
 ere, 1 neue
 Deust-
 e Schlaf-
 gebrauchte
 Chiffon-
 zwickelige
 bedestet,
 inte, Wo-
 dreträder,
 id verschie-
 id billig zu
 4249
 rrrer,
 Verkauf.
 hühburg.
 659.
 gen
 ten
 päter:
 e 20.
 u. Ju-
 rfr. 18
 , 4. St.
 u. St.
 4097
 igung im
 ugen.
 t. 2. St.
 n Herrn
 ers Mag
 stimmung
 sfordern
 hat der
 Uhr,
 e Herzen
 cht nicht
 Behrden,
 agen ist;
 haltungs-
 dahier,
 baaff zur
 § 8 der
 werden
 per Bar-
 n. Die
 tungstat
 stellt und
 e
 zieher
 nan
 apficht
 er
 rlenstr.
 100 Str.
 städt.
 ist zu
 ungebote
 und mit
 erichen
 , den
 rmit-
 unter-
 ichen
 ch die
 uf und
 erhält.
 ehof-

Wehrheit noch die Minderheit. Die Abstimmung bedeutet daher keinen praktischen Sieg der Friedensidee, sondern nur einen neuen Beweis für die beinahe schon vollständige Isolierung, in die Deutschland durch die läppische Politik seiner Regierung geraten ist.

Die liberale Fraktion der bayerischen Kammer hat den schon von Professor Quide im Plenum angeforderten Antrag eingebracht, der dem Urlaubsverhältnis des Abgeordneten Rothhaupter, der Arbeiter in der staatlichen Eisenbahnverhältnisse ist, eine gesetzliche Grundlage geben soll.

Die Kammer wolle beschließen, die Staatsregierung sei zu ersuchen, noch dem gegenwärtig versammelten Landtag einen Gesetzentwurf vorzulegen, inhaltlich dessen Art. 35 des Landtagswahlgesetzes dahin abgeändert wird, daß auch diejenigen Abgeordneten, welche in einem Staatsbetriebe nicht als Beamte angestellt sind, der Urlaub zum Zwecke der Teilnahme an den Verhandlungen des Landtages nicht verweigert werden darf.

Die reaktionäre Presse tobt. Das beweist nur, wie unangenehm ihr die Sache ist.

Ein Panzerkreuzer für 36 1/2 Millionen. Vor wenigen Jahren kostete noch ein Linienschiff 20 Millionen Mark — heute baut Deutschland sogar schon Panzerkreuzer mit einem Aufwand von fast 37 Millionen! Ein Panzerkreuzer kostet also heute ziemlich doppelt soviel, wie vor wenigen Jahren ein Linienschiff!

Die „Westfäl. Ztg.“ schreibt: Nachstehende Bekanntmachung ist im Eisenwert Krämer (St. Ingbert) angeschlagen: „Gemeinsamer Kartoffelbezug.“

Wie im vorigen Jahre beabsichtigt das Werk auch in diesem Jahre einen größeren Posten Kartoffeln anzukaufen. Die Abgabe erfolgt zum Selbstkostenpreis für die nicht der christlichen Gewerkschaft angehörigen Arbeiter.

Wer billige Kartoffeln haben will, darf sich nicht einmal christlich organisieren; die Christen sind aus der allerchristlichsten Kartoffelgemeinschaft ausgeschlossen.

Gegen die kommunale Lebensmittelverteuerung. Eine Konferenz sozialdemokratischer Gemeindevorsteher Bayerns, die in München tagte, beschloß: „Die Konferenz protestiert mit aller Entschiedenheit gegen den Versuch des bayerischen Städtetages, das Inkrafttreten des § 13 des Zolltarifgesetzes — die Erhebung der gemeindlichen Zuschläge auf notwendige Lebensmittel — hinauszuschieben oder zu hintertreiben.“

Der Eintreibungsminister. Immer aufs neue tauchen in der Presse und in diplomatischen Kreisen Gerüchte auf, daß der Staatssekretär des Außen, von Schirch, demnächst von seinem Posten zurücktreten werde.

seinem Posten zurücktreten werde. Diese Gerüchte sind insofern nicht völlig unbegründet, als Schirch schon seit mehreren Monaten den Wunsch hegt, sein jetziges Amt niederzulegen.

Husland. Spanien.

Eine große Manifestation für den Völkerfrieden hielten die Sozialisten am Sonntag in Madrid ab. In die Regierung wurde die Forderung der sofortigen Zurückziehung der Truppen aus Casablanca und der Respektierung der Unabhängigkeit Marokkos gestellt.

Badische Politik. Eine Verdächtigung

gegenüber der sozialdemokratischen Presse glaubt sich der „Bad. Beobachter“ anlässlich seiner Bemerkung über die Verbanung der sozialdemokr. Presse aus dem Schloß leisten zu dürfen.

Der „Bad. Beobachter“ kennt doch das Sprichwort: „Im Hause des Gehängten soll man nicht vom Strick reden.“ Wenn die Presse irgend einer Partei sich nicht zum Richter über den guten Ton aufwerfen darf, so ist es die Zentrums-Presse.

Eine deplazierte Bemerkung

macht das Parteiorgan für den 6. und 7. Wahlkreis, das Offenburger „Volkblatt“ in einem Artikel über den Tod Friedrichs I. Es schreibt u. a.: „In der Beurteilung der menschlichen Seite des Ereignisses stimmen selbst die beiden sozialdemokratischen Blätter mit den bürgerlichen überein, wenn sie politisch auch richtigerweise davon abwichen.“

Das „Volkblatt“ könnte sich spöttische Bemerkungen gegen den „Volkfreund“ jüchlich unterlassen, nachdem es unmittelbar vorher selbst konstatierte, daß die beiden sozialdemokr. Blätter des Landes in der politischen Beurteilung des Todes Friedrichs I. „richtigerweise“ den sozialdemokratischen Standpunkt vertreten haben.

Eine Amnezie

steht nach einer Mitteilung der „Karlsruher Zeitung“ unmittelbar bevor. Es soll die Begnadigung einer größeren Anzahl rechtskräftig verurteilter Personen zu erwarten sein.

Unterriecht ist mit der Vorbereitung des Gnadenakts beauftragt.

Außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Lithographen, Stein-drucker und verw. Berufsgenossen.

Anschließend an die Generalversammlung des Deutschen Geneselerbundes, traten heute die Vertreter der gewerkschaftlichen Organisation, des Verbandes zusammen, um zu den Beschlüssen der Bundesgeneralversammlung, die Liquidation betraf, Stellung zu nehmen.

Die Tagesordnung wird nach Ablehnung eines Antrags von November zu derselben wie folgt festgesetzt: 1. Geschäftliches. 2. Bericht des Hauptvorstandes und des Ausschusses. 3. Stellungnahme zu den Beschlüssen der Generalversammlung des Deutschen Geneselerbundes.

Bei den Arbeitgebern machte sich jetzt das Bestreben bemerkbar, alle bestehenden Tarife zu kündigen, was auf die Intentionen des Schutzverbandes Deutscher Steindruckereibesitzer zurückzuführen sei.

Den Kassenbericht erstattete der Kassierer Dr. A. L. Berlin. Nach demselben ergibt das letzte Quartal einen Ueberschuß von 29 577 Mark. Das Gesamtvermögen beliefert sich auf 88 948 M. Die Diskussion über die Berichte war sehr umfangreich.

Als nächster Punkt der Tagesordnung steht die Stellungnahme des Verbandes zu den Beschlüssen der Generalversammlung des Geneselerbundes zur Beratung. Hier wurden folgende Anträge des Hauptvorstandes angenommen: 1. Allen in den Verband übertretenden Mitgliedern des Geneselerbundes sind die Anwartschaften voll anzurechnen.

Ein Fenster steht weit offen, sofort fährt ihm der Schweiß durch die Glieder. Vielleicht hat sie sich hinausgestürzt und liegt unten. Ralter Schweiß steht ihm auf der Stirn, als er den Kopf hinausstreckt.

Dulkers hatte sich leicht von seinem Sitz erhoben, während aller Augen gespannt auf ihn ruhten. Als wollte er jedes Wort wie ein leidenschaftlicher Redner durch eine Handbewegung bekräftigen, so tippte er mit dem Zeigefinger in das Leere hinein.

(Fortsetzung folgt.)

Der Holzhändler.

Roman von Max Kreßer.

9) (Nachdr. verb.)

Um so mehr übte sie sich in dieser Waffe. Sie ritt nicht nur vorzüglich, sondern war auch eine vortreffliche Schützin. Sie jagte nach Herzenslust und knallte den schönsten Rehböckchen nieder.

Einmal erfuhr er etwas, was ihn in Staunen und Schrecken versetzte. Eine alte Bäuerin hatte ihm einen Wink gegeben, daß die gnädige Frau sich mit Selbstmordgedanken trage.

seinem Licht. Wissen, Sie, meine Herren — Sie werden vielleicht schon von sogenannten weißen Nächten gehört haben.

Geisterhaft lag das neue Wohnhaus da, wie ein Zauber-schloß mitten im Grünen. Es fiel ihm zwar auf, daß der Hund nicht anflügel, aber die Sehnsucht nach Weib und Kind brachte ihn bald auf andere Gedanken.

Die Herrin schlief schon, sie sei sehr früh auf ihr Zimmer gegangen, sagte die Dienerin, die im Kinderzimmer war. Das Kind lag in seinem Bettchen und schlief.

Als die Bäuerin fort war, wollte er doch seine Frau aufsuchen. Weider Schlafzimmer lagen nebeneinander. Er schlich sich an die Tür und klopfte. Alles blieb still. Er konnte nicht öffnen, denn von innen war abgeschlossen.

vorstam... ist das... nahme... Presde... berein... glichf... Zur... gieren... Menun... gestell... trag... rüdg... durch... zu trag... neue B... Ermög... Uel... pholog... Debatte... über de... dem sic... Sekretar... Mad... als Sit... wurde, l... und wur... Der... Am... schloffe... wurde... 1 Uhr er... Anträge... wurde d... notwend... dieses U... eingeleit... fraktion... gefehte... nungsfo... dem Bor... sultion... men... Gier... für die... führung... daß die... fordern... Staatswe... damit au... getweh... Es wird... direkten... Geschlecht... gefordert... der Bezi... betretun... lichung b... außerhalb... Der Nejo... Der... um Grlei... des Orga... murf der... gehen in... erhalten... Parteigen... Jimme... des Sozial... demokrati... Kragis de... barmetrie... ngen der... den Kreise... teren O... deren Gan... post“ zu l... und dann... die Seele... nun auch... schiedsm... 1800 erth... Feldpost... Der S... sie bildet... schichte des... reich ist nie... hinterzeim... laufen im... zu verbreit... wenn er er... möglich gen... Begeisterun... die Hände g... reichgeschmi... losbare La... Deutschen h... sende schwi... Recht hatte... Schick, un... Sendung —... tausenden S... tiges „Stac... feldt des de... Heute... mißbar zu... mox ist eine... tzen.“ ©... Zimmer, A...

denfalls be-
mmlung
Stein-
offen.

vorstand. 8. Für alle Mitglieder, also auch für die Halbmitglieder, ist das Gesamtstatut verbindlich. Alle Anträge wurden einstimmig, bis auf Antrag 4, der mit 48 gegen 18 Stimmen zur Annahme gelangte. Angenommen wurde ferner noch ein Antrag Dresden-Karlruhe, den Mitgliedern, die dem vom Reichsdemokratischen Verein gegründeten Verein „Genesfelder“ angehören, die Mitgliedschaft im Verbande nicht zu gestatten.

Zur Statutenberatung wurde eine Kommission von 9 Delegierten eingesetzt, für die später Ratze-Hannover Bericht im Plenum erstattete. Nach Ablehnung einer großen Anzahl hierzu gestellten Anträge wird das Gesamtstatut genehmigt. Der Antrag Karlruhe auf Einführung des Eintassensystems wurde zurückgezogen, nachdem der Hauptvorstand die Zusicherung gab, durch Aenderung der Geschäftsführung dem Antrage Rechnung zu tragen. Ein weiterer Antrag, für die großen Druckstädte neue Beamtenstellen zu schaffen, wird dem Hauptvorstand zur Erörterung überwiesen.

Ueber den Antrag Frankfurt, den Anschluß der Portraits-photographen an den Verband abzugeben, wurde nach lebhafter Debatte die Ablehnung des Antrages beschlossen.

Redakteur Barthel-Berlin erstattete noch den Bericht über den internationalen Lithographenkongreß in Kopenhagen, dem sich eine ausgiebige Debatte betreffs der Uebernahme des Sekretariats nach Deutschland angeschlossen.

Nachdem noch der jetzige Hauptvorstand wiedergewählt und als Sitz der nächsten Generalversammlung Hamburg bestimmt wurde, war die Tagesordnung der Generalversammlung erledigt und wurde dieselbe mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich.

IV.

Am vierten Verhandlungstag fand am Vormittag eine geschlossene Sitzung statt, in der über den Punkt Presse beraten wurde. Die öffentliche Versammlung wurde nachmittags um 1 Uhr eröffnet. Hier wurden die zu diesem Punkt vorliegenden Anträge zur Abstimmung gebracht. Einstimmig beschlossen wurde die Gründung eines Tagesblattes für Nord-Böhmen; alle notwendigen Schritte, durch welche die baldigste Herausgabe dieses Tagesblattes zur Lausache werden kann, sollen schleunigst eingeleitet werden. Durch einen ferneren Beschluß wird die Fraktion beauftragt, für die Vereinfachung des § 23 des Pressegesetzes zu wirken. Hierauf wird die Debatte über die Wohnungsfrage fortgesetzt. Nachdem sich eine Anzahl Genossen zu dem Vortrag des Genossen Winarski geäußert, wird die Resolution des Referenten mit einigen Amendements angenommen.

Hierauf referiert der Genosse Ebersch über das Wahlrecht für die Landtage und die Gemeindevertretungen. Seine Ausführungen gipfeln in einer Resolution, in der es eingangs heißt, daß die Reform des Reichstagswahlrechts nicht der Abschluß, sondern nur der Beginn jener wünschenswerten Umgestaltung des Staatswesens sein kann, deren alle Völker Oesterreichs bedürfen, damit aus diesem Staate, der bisher ein Kerker seiner Völker gewesen ist, ein freies Gemeinwesen freier Nationen werde. Es wird ferner die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts aller Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechtes für die Landtage und die Gemeindevertretungen gefordert. Die Demokratisierung der Landesgesetzgebung und der Verwaltung habe zu folgen. Die Fraktion und die Parteivertretung werden aufgefordert, den Kampf für die Verwirklichung des allgemeinen Wahlrechts in allen Ländern in- und außerhalb des Parlamentes in aller Energie weiter zu führen. Der Resolution wird ohne Debatte zugestimmt.

Der fünfte Verhandlungstag bringt zunächst die Beratung und Erledigung des neuen Parteistatuts. Die zur Vorbereitung des Organisationsstatuts eingesetzte Kommission hat den Entwurf der Reichsparteivertretung nach langer Beratung gutgeheißen und nur einige Änderungen vorgenommen. Aufrecht erhalten ist vor allem der Satz des alten Statuts, der jeden Parteigenossen verpflichtet, Mitglied seiner Berufsorganisation

zu sein und umgekehrt jedem Gewerkschafter die Pflicht auferlegt, sich politisch zu organisieren. Der Monatsbeitrag wird auf mindestens 20 Heller festgesetzt, außerdem ist ein Reichsparteibeitrag von 2 Heller pro Monat abzuführen. Außerdem werden die sozialdemokratischen Vereine verpflichtet, mindestens 10 Prozent ihrer Einnahmen an die Reichsparteivertretung abzuführen. Für die Frauen sollen an allen Orten, wo dies möglich ist, weibliche Vertrauenspersonen gewählt werden, denen die Organisation des weiblichen Proletariats obliegt. Bezüglich der Organisation der Jugend bestimmt das Statut, daß überall, wo die Verhältnisse es zulassen, eigene Jugendorganisationen gegründet werden. Das Statut erhält ferner auch Bestimmungen über die Gründung von Parteiblättern.

Hierauf wird zum letzten Punkt der Tagesordnung, zur Frage der Lebensmittelverteilung, geschritten; Referent ist Dr. Karpel's. Seine Resolution, in welcher der Kampf gegen die Hölle, sowie die Organisation des Proletariats in Gewerkschaften und Konsumvereinen gefordert wird, gelangt nach kurzer Diskussion einstimmig zur Annahme. Hierauf wird die Wahl des Parteivorstandes vollzogen; es werden gewählt: Dr. Adler, Beer, Ellenbogen, Höger, Bernerstorfer, Uebelheid Popp, Neumann, Staret und Tomtschid. Damit sind die Arbeiten des Parteitages erledigt. Bernerstorfer schließt, nachdem er die arbeitsreiche Tagung kurz Revue passieren ließ, den Parteitag. Die Delegierten erheben sich und singen zum Schluß das Lied der Arbeit.

Aus der Partei.

Sozialdemokratischer Landesparteitag für Hessen-Kassel und Hessen-Nassau.

Am Samstag tagte in Offenbach der erste Landesparteitag für die Provinz Hessen-Nassau mit der Tagesordnung: Beitragsverhöhung, Landesorganisation in Preußen, Kommunalprogramm, Landtagswahlen 1908. Anwesend sind insgesamt 78 Delegierte. Zum ersten Punkt der Tagesordnung, Beitragsverhöhung, referierte Güttnann-Frankfurt, der für die Einführung eines Mindestbeitrages von monatlich 30 Pf. eintritt. Der Antrag wurde nach längerer Debatte gegen wenige Stimmen angenommen; desgleichen wurde gegen eine starke Minderheit beschlossen, statt wie bisher 3 Pf. fortan 4 1/2 Pf. pro Mitglied als Beitrag an die Kasse der Agitationskomitees in Frankfurt und Kassel abzuführen.

Ueber die Landesorganisation in Preußen referierte Dittmann. Er hatte einen Organisationsentwurf ausgearbeitet, der sich an den von den Berliner Genossen veröffentlichten im wesentlichen anlehnt. Es wurde beschlossen, diesen Entwurf dem Preuentag zu unterbreiten mit der ausdrücklichen Erklärung, daß die Delegierten aus Hessen-Nassau nicht daran gebunden sein sollen. Ueber Schaffung eines Kommunalprogramms für die Provinz referierte Hauschild-Kassel. Nach längerer Debatte wurde der vorgelegte Entwurf den Provinzialkomitees als Material überwiesen. Nach einem weiteren Referat des Genossen Rudolph über die preussischen Landtagswahlen wurde eine Resolution angenommen, die den Genossen die unverzügliche Inangriffnahme der Vorarbeiten zur Pflicht macht.

Kasselt, 7. Okt. Am Mittwoch, den 9. ds., findet die ordentliche Versammlung des Wahlvereins statt. Die Genossen und Volksfreunde werden gebeten, pünktlich zu erscheinen. Mit Bedauern muß hier festgestellt werden, daß die Versammlungen in der letzten Zeit sehr schlecht besucht waren. Die Genossen halten es scheinbar nicht für notwendig, ihre Pflicht zu erfüllen. Wäre doch in Kasselt eine starke politische Organisation höchst notwendig; denn es ist bis jetzt noch nicht gelungen, eine Vertretung in den Bürgerausschüß zu bringen.

Sehr zu bedauern ist auch, daß gerade ein Teil der intelligenten Arbeiterschaft es ist, welche ihre ganze Kraft den bürgerlichen Vereinen opfern. Wir glauben, daß noch so viel Zeit übrig bleibt, daß man auch eine Wahlvereinsversammlung beschicken kann. Arbeiter, beherzigt dieses, tretet dem Wahlverein

bei, erscheint Mann für Mann in er Versammlung, ihr tut es in eurem Interesse, ihr tut es im Interesse eurer Kinder und der gesamten Arbeiterchaft.

Gaggenau, 8. Okt. Parteigenossen! Nach neuem Turnus werden die Wahlvereinsversammlungen den zweiten und vierten Dienstag im Monat abgehalten. Der Wahlverein glaubt damit den an Samstagen verhinderten Genossen entgegengekommen zu sein und ersucht um zahlreichen Besuch der Versammlungen. Erscheint also zahlreich in der am Dienstag, den 8. Oktober, abends halb 9 Uhr, stattfindenden Versammlung. Lokal Rollshalle. Tagesordnung: Der Ausbau der politischen Organisation.

Neustadt i. Schwarzw., 7. Okt. Am Donnerstag, 8. ds., hielt die Freie Turnerschaft ihre erste Turnstunde ab, welche sehr gut besucht war. Da eine Eingabe um Freigabe der hiesigen Turnhalle ablehnend beschieden wurde, so trat in einer Scheune geturnt werden. Auf eine wiederholte Eingabe an die Stadtverwaltung ist bis jetzt noch keine Antwort erfolgt. Vielleicht bewahrt sich das Sprichwort: Was lange währt, wird gut!

Gewerkschaftliches.

Kasselt, 4. Okt. Die gelben Bäder haben jüngst einem privatisierenden Bädermeister bei seinem Tode mit ihrer Fahne das letzte Geleit gegeben und einen Kranz niedergelegt. Von den Toten soll man nur gutes reden! sagen uns die bürgerlichen Zeitungen. Zur Steuer der Wahrheit möchten wir aber doch feststellen, daß der Verstorbenen seine Bäder nichts weniger als gut behandelt hat. Und sein Sohn Philipp soll sich dahin geäußert haben: „Wenn ein roter Referent nach Kasselt kommt, zahle ich einen Hektoliter Bier, aber er bekommt seine Schläge.“ Unter solchen Umständen begreift man, wie die gelben Bäder hier Arbeiterinteressen wahren.

Vörsach, 6. Okt. Im hiesigen Allgemeinen Arbeiter-Konsumverein besteht zwischen Verwaltung und Bäderei zurzeit kein rosiges Verhältnis. Die Bäderei ist, wie hierorts mündlich bekannt, von jeher das Schmerzenskind der Konsumvereinsverwaltung gewesen, und zwar nicht zum wenigsten durch ihre eigene Schuld. Neuerdings hat sich das Verhältnis derart zugespitzt, daß die Bäder sich veranlaßt fühlen, an die Öffentlichkeit zu appellieren. Sie befinden sich seit einiger Zeit in Bewegung, um Anerkennung des Tarifes, der auf dem Genossenschaftstag in Düsseldorf, zwischen Genossenschaftsverbänden und Bädergewerkschaft vereinbart wurde. Diesem ist man in der Verwaltung nicht besonders hold, wie man auch die Bädervorgängerin mit scheinem Blick ansieht. Seit einiger Zeit lehnt sie jegliche Verhandlung ab, statt auf gütlichem Wege eine vernünftige Vereinbarung und einen ehrenvollen Frieden, im Interesse des Vereins zu erzielen. Dazu kommt noch, daß der derzeitige Oberbäder das seinige dazu beiträgt, die Situation zu verschärfen, indem er sich gegenüber den Bädern nicht gerade als der „Feind“ benimmt. Eine diesbezügliche Beschwerde der Bäder bei der Verwaltung zeitigte das Resultat, daß einer der Bäder die Kündigung erhielt und die andere dieselbe ange droht bekam.

Eine Generalversammlung, die durch Initiative der Mitglieder einberufen werden soll, wird sich mit diesen mißlichen Zuständen zu beschäftigen haben. Von welchem Geiste die derzeitige Verwaltung beseelt ist, beweist deren Vektoren, aus dem Verband süddeutscher Konsumvereine auszutreten, ein diesbezüglicher Antrag wurde bereits von der letzten Generalversammlung von der Hand gewiesen. Daß auch sonst noch manches faul ist, geht aus dem Umstand hervor, daß die hiesigen Geschäftsteile, mit Befriedigung auf die Konsumvereinsverwaltung herabschauen. Beschalt sie das tun können, das sagen die jährlichen Geschäftsberichte, die kaum nennenswerte Erfolge in der Zunahme der Mitglieder und Umsatzziffern aufweisen können, während überall, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse ähnlich wie hier liegen, gewaltige Fortschritte zu verzeichnen sind.

Ein Meineidsprozeß als Folge eines Streiks. Vor dem Aurnberger Schwurgericht hatten sich am Samstag die Ar-

Mottelers rote Feldpost.

Zimmer weniger werden die alten Kämpfer, die die Zeiten des Sozialistengesetzes in Reich und Glied der deutschen Sozialdemokratie mit durchgelebt und durchgerungen haben, die die Demozis des täglichen Kampfes mit Polizei und Gendarmen mitgemacht haben. Nichts war sicher vor den Spürnasen der Spitzel. Auf der Post wurden die Briefe erbrochen, in den Kneipen, in den Werkstätten, ja oft genug sogar in den internen Organisationen sah die giftige Brut der Polizeispitzel, deren Hauptaufgabe war, hinter die Geheimnisse der „roten Feldpost“ zu kommen, wie man die Expedition des zuerst in Zürich und dann in London erscheinenden Parteiblattes nannte. Und die Seele dieser roten Feldpost, ihr „roter Postmeister“, war der nun auch dahingeschiedene Julius Motteler. Die Abdrucknummer des Londoner Sozialdemokraten vom September 1890 enthält folgende, launig-ernste Schilderung dieser roten Feldpost:

Der Sozialdemokrat hat eine geschichtliche Rolle gespielt und sie bildet das nicht am wenigsten lehrreiche Kapitel in der Geschichte des Emanzipationskampfes der Arbeiterklasse. Wie Lehrreich ist nicht allein die Geschichte seiner Verbreitung. Elf Jahre hintereinander, Woche für Woche in steigender Auflage, in Zehntausenden von Exemplaren, ein verbotenes Blatt in Deutschland zu verbreiten — wen hätte man nicht im Jahre 1878 ausgelacht, wenn er erklärte, daß solches möglich sein werde? Und es ist möglich gewesen! Und wie ist es möglich gewesen? Gingebende Begeisterung, unerschütterliche Klugheit und Menschenkenntnis haben sich die Hände gereicht, um es fertig zu bringen. Seht ihr das stolze, reichgeschmückte Schiff die Wogen durchschneiden? Es trägt eine kostbare Last: Wilhelm I., der Gründer und Befehlshaber des Deutschen Reiches, ist an Bord. Da fährt es in den Hafen, Taufende schwingen die Hüte und die Luft erbraust von Hurraufen. Recht hatte ihr, zu jubeln, Bewohner der Hafenstadt: mit dem Schiff, unter den Klängen der Nacht am Rhein, landete eine Sendung — und es war eine Doppellastung — des von zehntausenden Proletariern sehnsüchtig erwarteten Sozialdemokraten „Staatsangehöriger“. Nichts ist der roten Feldpost heilig, selbst des deutschen Kaisers Majestät wird als Deckplatte benutzt.

„Heute machen wir einen Fang“, sagte der Herr Polizeikommissar zu seinen Leuten. „Ich weiß es genau, beim roten Gärtner ist eine große Ladung Sozialdemokrat und Schriften eingetroffen.“ Sie gingen hinaus, durchsuchten aufs peinlichste jedes Zimmer, Küche und Keller, den Garten und den Holzverslag,

Nichts — nichts — und wieder nichts. Der rote Gärtner, freundlich und zuvorkommend, bietet ihnen an, den Rückweg durch seinen Garten anzutreten. „Warte, kommen Sie hierher, Herr Kommissar, von dieser erhöhten Stelle hier haben Sie die schönste Aussicht.“ Und der Kommissar tritt näher und seine Leute kommen auch herzu, und alle finden die Aussicht wunderschön. Ach, wenn sie gewußt hätten, daß das, was sie so eifrig und sehnsüchtig gesucht, buchstäblich „unter ihren Füßen“ lag, daß sie auf höchst „unfruchtbarstem“ Boden fanden.

„Leben Sie wohl, Herr Kommissar, auf Wiedersehen!“

Es ist in einer Stadt in den Reichsländern. Mühsam leucht ein Mann die Straße herauf. Er trägt ein großes Paket auf dem Rücken. Da — ein Fehltritt und das Paket fällt zu Boden. Eine große Menge kleinerer Pakete rollen heraus. Der Mann schleppt sie ins nächste Haus und versucht von neuem, sie zu einem Ballen zusammenzupacken. Plötzlich sieht er einen Polizisten neben sich, dem die Sache etwas verdächtig vorgekommen war. „Sie haben gut zugehört“, redet ihn unser Mann, der den Kopf auf dem rechten Fleck hat, an, „helfen Sie mir lieber die Pakete zur Post tragen.“ Ein Wort gibt das andere, und nachdem ihm in jener Freimaurersprache, die jede durstige Schutzmannsseele versteht, ein guter Trunk zugesichert worden, geht das „Auge des Gesetzes“ hilfsbereit neben unserem Mann, den — Sozialdemokrat auf die Post zu tragen.

Schier unerschöpflich ist die Liste der heiteren Episoden in diesem Guerillakrieg gegen ein stupides Unterdrückungsgesetz und die zu seiner Ausführung bestimmten Organe. Und zahllos die Beispiele hochherziger Selbstaufopferung und Pflichterfüllung. Auch dieser Krieg hatte seine Helden, aber ihre Namen und ihre Taten verblühen „kein Lied, kein Heldebuch“. Möge den Treuen und Tapferen das Bewußtsein Belohnung sein, daß ihr, der Ungenannten, Verdienst es in erster Reihe ist, daß diese gewaltigen Erfolge errungen wurden, dank deren heute die Erde der Arbeit in Deutschland und, rückwirkend, in der ganzen zivilisierten Welt in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gerückt ist.

Ein Beispiel dieser Heldentaten sei indes auch hier der Vergessenheit entrissen. Ein Proletarier im Staatsisenbahndienst, ein stiller, aber eifriger Genosse, der die Beförderung unferer Briefpost übernommen hatte, war eines Abends, als gerade wieder ein Posten „unterwegs“ war, auf seinem Zimmer im Wartehaus eingeschlafen. Der Gedanke an die Wichtigkeit der Sendung, die er abholen sollte, erfüllte ihn noch im Schlaf. Er träumte, er habe sie bei sich, und es fände plötzlich Revision statt, und um das Gut zu retten, sprang er im Schlaf — der Einbildung nach

— vom Wagen, in der Wirklichkeit von etwa 25 Fuß Höhe aus dem Fenster. Er fiel so unglücklich, daß er beide Arme brach. Aber anstatt um Hilfe für sich zu rufen, war sein erster Gedanke der, dafür zu sorgen, daß die Sendung, an der so viel hing, nicht in falsche Hände fiel. Wie er das getan, das zu erzählen, würde zu weit führen — genug, in bitterster Winternacht (die Kälte war freilich, ohne daß er es ahnte, sein Glück), und obwohl er für einen Weg, den er sonst in einigen Minuten gemacht, eine Stunde brauchte, schleppte er sich dorthin, von wo er Nachricht geben konnte, daß er „behindert“ sei; dann denselben Weg zurück, und nun erst sorgte der brave, halb ohnmächtig vor Schmerz und Erschöpfung, für sich selbst.

So ging es in Wirklichkeit beim Transport und bei der Verbreitung des Sozialdemokraten zu. Die Geschichtchen, die man von Zeit zu Zeit in den Zeitungen darüber zu lesen bekam, waren alle Erfindungen, und keineswegs sehr geistreiche. Die Nachforschungen, die Schweizerläse, die Mühsche, die Gipsfiguren, die in gebadet oder gepöpselt der Sozialdemokrat die Grenze passiert haben sollte, gehören ins Reich der Fabel. Die modernen Transportmittel und die moderne Technik machen solche altwäterlichen, für die Mengen, die zu transportieren waren, auch ganz unzureichenden Methoden überflüssig. Der Schmutz gel ins Reich war überhaupt nicht die schwierigste Aufgabe. Viel wichtiger war die Weiterverbreitung, und — an den einzelnen Orten — die Verteilung an die Abonnenten und Leser. Das erforderte ein ganzes Heer energischer, geschickter und — nicht nur in politischer Hinsicht — zuverlässiger Genossen. Hier lag die Schwerearbeit unseres elbährigen Feldzuges. Ohne dieses Heer pflichtgetreuer Soldaten hätten wir ihn nun und nimmer führen können. Unsere „Gemeinen“ haben uns zu dem gemacht, was wir gewesen.

Und auch von ihnen müssen wir uns trennen. Freilich kein Trennen in dem Sinne, daß wir aufhören, gemeinsam für die gleiche Sache zu kämpfen. Wir werden fortzukämpfen, jeder in seiner Art, wenn auch unter anderen Formen. Wir sind keine Romantiker, und sehen der Rückkehr zu Kampfesbedingungen, die dem Geiste der Neuzeit entsprechen sind als diejenigen, unter denen wir bisher gewirkt, frohen Mutes entgegen. Aber in diesem Augenblick des Scheidens dürfen wir uns doch des Schönen erinnern, das der Kampf mit sich gebracht hat, der jetzt ein Ende nimmt.

Mit dem Gefühl des Dankes nehmen wir Abschied von Euch, Ihr Braven, die Ihr so treu zu uns gestanden, ihr unerschütterlichen, unerschrockenen, ihr selbstlosen „gewerkschaftlichen Vereiner“ des „Sozialdemokraten“!

weiterhin Birkelbach und Rupprecht wegen Verbrechen des Meineids zu verurteilen. Sie sollen in zwei Streiprozessen die Unwahrheit unter Eid ausgesagt haben. Die beiden Angeklagten waren im Sommer vorigen Jahres an einem Streik in der Pfälzischen Spielwarenfabrik beteiligt und wurden mehrfach als Streikposten verwendet, bei welcher Gelegenheit sie arbeitswillige Kolleginnen dadurch „zur Teilnahme an einer zerburchenden Koalition zu nötigen versucht“ haben sollen, daß sie vor diesen ausspudten. Die Rupprecht wurde vom Schöffengericht wegen zweier solcher Vergehen zu 4 Tagen Gefängnis verurteilt. Die Sache ging dann an die Strafkammer als Berufungsinstanz. In der Verhandlung vor dem Landgericht wurde die heutige Angeklagte Birkelbach als Zeugin vernommen. Sie erklärte unter Eid, es sei unwar, daß sie jemals vor Arbeitswilligen ausgespudt habe, auch habe sie nicht gesehen, daß die Rupprecht ausgespudt. Die Arbeitswillige und Kronzeugin Braun, vor der ausgespudt worden sein soll, beschwor jedoch das Gegenteil. Auch gegen die Birkelbach wurde später Anklage wegen Streikvergehens erhoben, in welcher Sache die Rupprecht als Zeugin vernommen wurde, die unter Eid bekundete, die Birkelbach habe nicht ausgespudt, auch wisse sie nicht, ob sie selbst ausgespudt habe, sei dies aber geschehen, so habe sie es unbewußt getan; sie leide an Zahngeschwüren, wodurch sie zum öfteren Ausspuden gezwungen sei.

Gegen die Birkelbach und die Rupprecht wurde auf Grund dieser Aussagen, die mit denen der Kronzeugin Braun in Widerspruch standen, Untersuchung wegen Meineids eingeleitet. Die Verhandlung wurde sehr interessant und zeigte, wie hoch die Ehre der nützlichen Elemente eingeschätzt wird und wie leicht man zu einer Meineidsanklage gelangen kann, wenn man die Tatsachen anders schildert, wie ein Streikbrecherzeuge. Die Angeklagte Rupprecht ließ durch einen Zahnmechaniker, der als Sachverständiger fungierte, besätigen, daß sie an Zahnleiben laboriert, das vermehrte Speichelabsonderung mit sich bringt. Die arbeitswilligen Zeuginnen konnten fast gar nichts belastendes gegen die Angeklagten aussagen, nur die Kronzeugin Braun behauptete mit aller Bestimmtheit, daß ostentativ vor ihr ausgespudt worden sei, um die Verachtung gegen sie zu bekunden.

Die Qualität dieser Zeugin wurde durch einen dramatischen Zwischenfall in hellste Beleuchtung gerückt. Vorher hatte eine andere Zeugin, die an dem besetzten Tage die Rupprecht auf der Straße traf, deponiert, die letztere habe allerdings ausgespudt, aber jedenfalls nicht absichtlich, die Braun habe es jedoch sofort auf sich bezogen und fürchterlich beschimpft, wie: „Du Drecksau, du Mistfaun, spud vor dir aus“ usw. Die Braun leugnete entschieden, diese Ausdrücke gebraucht zu haben, auch als ihr die Öttinger gegenübergestellt wurde und ihre Aussage ruhig und bestimmt wiederholte. Es wurde dann aus den Akten konstatiert, daß die Braun dem verhörenden Schömann gegenüber zugegeben hatte, diese Ausdrücke gebraucht zu haben; auch das leugnete sie nunmehr ab, ebenso wie die weitere Behauptung einer Zeugin, sie, die Braun, habe erklärt, sie wolle die Rupprecht meineidig machen. Durch diese Feststellungen brach das winzige Kartenhaus der Anklage vollends zusammen. Die Geschworenen verneinten sämtliche Schuldfragen, worauf beide Angeklagte freigesprochen werden mußten.

Der Vorstand des Schuhmacherverbandes hat das Resultat einer wertvollen statistischen Erhebung über die Dauer der Arbeitszeit in den Schuh- und Schäftefabriken veröffentlicht. Demnach betrug die Arbeitszeit:

Stunden pro Tag für	84 Arbeiter = 0,18 Proz.
8-1/2	12,84
9-1/2	36,367
10-1/2	60,39
11-1/2	11,98
12-1/2	256

Es haben also bereits 80,73 Prozent der Arbeiter in den Schuhfabriken eine Arbeitszeit von zehn Stunden und darunter pro Tag, 19,27 Prozent haben eine längere Arbeitszeit als 10 Stunden täglich. Wenn man in Betracht zieht, daß es durchaus nicht so lange her ist, daß in der Schuhwarenfabrikation der Elbstundentag allgemein üblich war und daß die Fabrikation sich hartnäckig weigerten, eine Verringerung der Arbeitszeit zu ge-

Cheater und Musik.

Hebor von Zobelitz, der beliebte Erzähler und verdienstvolle Bühnenspieler, vollendete Samstag das 60. Lebensjahr. Als jüngerer Bruder von Hans von Zobelitz ist er am 5. Oktober 1857 auf dem ihm jetzt gehörigen Rittergut Spiegelberg bei Topper in der Neumark geboren.

Literatur.

Der Süddeutsche Postillon (Verlag: M. Ernst, München) bringt in seiner soeben erschienenen Nr. 21 in drei farbigen Vollbildern die neuesten politischen und gesellschaftlichen Ereignisse zum Ausdruck. Eine kleine Erzählung, Lucifer, Lucas Lucanus, beteiligt, sowie eine Menge kleinerer Beiträge macht die Nummer sehr interessant und sollte von jedem Parteigenossen gelesen werden. Preis 10 Pf. Zu haben bei allen Kolporteurs und Buchhandlungen.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 1. Heft des 26. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Julius Wollter zum Gedächtnis. Von M. G. — Ein Vierteljahrhundert. — Ueber den Marxismus in Rußland. (Zum fünfundsingzigjährigen Jubiläum der „Neuen Zeit“.) Von Trotsky. — Mitglieder des Massenlampfes. Das Verhältnis des Proletariats zur Monarchie. Von Karl Kemmer. — Die Geschichte eines Buches. Von Otto Bauer. — Sozialdemokratische Randbemerkungen zu den Vorarbeiten der Strafrechtsreform. Von Michael Sursky (Petersburg). I. — Sozialismus in der amerikanischen Poesie. Von Henriette Moland-Holst. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Humoristisches.

Preisbildung. „Wie sie was gehört haben von der Beamtenaufbesserung, haben sie schon den Bierpreis aufgeschlagen.“

Der Veteran. „Da schaun S, amal her, jetzt will's Sahn no amal erklär'n: Dös is unser Vereinszeichen vom Kriegerverein Handfing, und dös san meine Orden, und hal Sie jetzt no amal sag'n, daß Orden nit san, nacha schlag' i Sahn an Maßkrug auf'n Schädel nauf, daß gang genau wissen, was Orden san.“

Einsicht. „... Wies dem Gefindel wohl ist, läuft schon seit Jahren miteinander, hat Ardeer und ist nicht verheirat — ich sag's ja, ein Efel ist man, wenn man tu gendhaft ist!“ („Simplicissimus“.)

währen, sodas die Arbeiter jede Minute Arbeitszeitverkirzung in schweren Kämpfen erst erringen mußten, so wird man den Erfolg, den der Zentralverband der Schuhmacher auf diesem Gebiete zu verzeichnen hat und der durch die obigen Zahlen nachgewiesen wird, um so höher einschätzen dürfen. Jetzt ist, wie die Zahlen zeigen, die Organisation der Schuhmacher auf dem besten Wege, den Neunstundentag zu erringen.

Mailand, 7. Okt. Die Arbeiter der Gaswerke sind gestern in den Ausstand getreten. Auf Veranlassung der Arbeitgeber wurden die Versammlungslokale der Streikenden durch Truppen geräumt und ein umfassender Ordnungsdienst eingerichtet. Es ist wahrscheinlich, daß infolge des Ausstandes die Zeitungen nicht werden erscheinen können, da nur noch 50 Arbeiter und die Ingenieure den Betrieb aufrecht zu erhalten versuchen. Der Ausstand dürfte sich auch auf die Städte Genua, Alessandria, Massena und Modena ausbreiten, da diese Städte von derselben Gas-Gesellschaft bedient werden, wie Mailand. Die Mailänder Garnison ist um 3000 Mann verstärkt worden. (Das Letztere ist ja die Hauptsache. Red.)

Soziale Rundschau.

Die Abnahme der Sterblichkeit. Den in allen Kulturländern in neuerer Zeit einschleichen sozial-hygienischen Bestrebungen ist es gelungen, der Verwüstung der Volksgesundheit durch den Kapitalismus wenigstens bis zu einem gewissen Grade Einhalt zu gebieten und des durch den letzteren fast herabgedrückte Durchschnittsalter wieder um ein erhebliches zu verlängern. Das wird auch durch die vom Charlottenburger Statistischen Amt aufgestellten Sterbetafeln bestätigt, denen zufolge von je 1000 Geborenen die nachstehend verzeichneten Altersstufen erreichten:

im Jahresdurchschnitt	1.	15.	40.	60.
1876-80	650	495	390	220
1881-85	669	505	400	241
1886-90	698	565	458	282
1891-95	705	592	492	300
1896-1900	750	633	537	338
	777	693	606	396
1901-05	797	733	649	416

Während also noch im Jahresmittel 1876-80 die Zahl der von je 1000 Geborenen das 60. Lebensjahr Ueberstehenden nur 220 war, betrug diese Zahl im Jahresmittel 1901-1905 416, also nahezu das Doppelte. Das 40. Lebensjahr überlebten im ersten Jahresdurchschnitt 890, im zweiten 649; das 15. 495 resp. 733, das 1. 650 resp. 797 von je 1000 Geborenen.

Bei der auffallend starken Zunahme gerade der höheren Altersklassen ist freilich zu berücksichtigen, daß Charlottenburg ein Ort ist, in den sich mit Vorliebe kleine Rentiers und Rentieren für ihren Lebensabend zurückziehen, sodas also die hier gegebenen Resultate nicht durchaus als typisch für ganz Deutschland gelten können.

Landesversammlung der Sozialdemokratie Württembergs

In der ehemals freien schwäbischen Reichsstadt, dem altertümlichen und schön gelegenen Ehlingen, fand am Sonntag die Landesversammlung unserer württembergischen Partei statt. Sie war von 330 Delegierten aus 257 Ortsvereinen und 39 Abgeordneten und Gästen, darunter solche aus Baden und Bayern, besetzt. Der zum Vorsitzenden gewählte Genosse Diez leitete die Verhandlungen ein mit einem warmen Nachruf für unsere unübergebliebenen roten Parteimeister, der bekanntlich ein Ehlinger Kind war. Die Berichte des Landesvorstandes und der Bericht über die Parteipresse legen trotz der Mandatsverluste bei den letzten Reichstagswahlen von einem ununterbrochenen Aufstieg unserer Parteibewegung in Württemberg Zeugnis ab. Da die Organisation der Frauen in Württemberg noch sehr viel zu wünschen übrig läßt, — es gibt in Württemberg nur 116 weibliche Mitglieder der Partei — ist für diesen Herbst eine größere Frauenagitation im ganzen Lande geplant.

Von den Debatten über die Berichte beanspruchen über den Rahmen der württembergischen Organisation hinaus diejenigen über die Stichwahlparolen der württembergischen Partei ein besonderes Interesse. Das bei der Landtagswahl mit der demokratischen Volkspartei zum Zwecke der Zurückdrängung der Reaktion abgeschlossene Stichwahlabkommen fand auf der Landesversammlung keine Beachtung. Dagegen entstanden ausführlichere Debatten über die bei der Reichstagswahl erlassene Stichwahlparole. Diese Parole, die dahin ging, in Heilbronn für Raumann, in Balingen gegen den Pseudodemokraten Hausmann zu stimmen und in allen übrigen Kreisen Wahlenthaltung zu üben, hat ja bekanntlich in der Parteipresse und auch auf dem Effener Parteitage einigen Staub aufgewirbelt. Auch auf der Landesversammlung fand die Parole gegen Hausmann von einigen Rednern Beachtung, aber nicht in dem Sinne, daß sie eine Parole für Hausmann gewünscht hätten. Wahlenthaltung auf der ganzen Linie wäre nach ihrer Ansicht das Beste gewesen. Zahlreicher waren jedoch diejenigen, die die Parole aufs Lebhafteste verteidigten. Besonders in den Reden der Genossen aus dem Wahlkreise Konrad Hausmanns kam die Erbitterung über die verräterische Taktik der Volkspartei stark zum Ausdruck. Ausdrücklich wurde betont, daß die Parteileitung nur der in der ganzen württembergischen Partei herrschenden Stimmung Rechnung getragen habe, als sie die erwählte Parole erließ. Bedauert wurde nur, daß die Parole nicht durchweg eingehalten wurde. Einige Genossen verurteilten sogar die Unterstützung Raumanns, in dessen Wahlkreise eine geradezu fruchtlose Agitation gegen uns getrieben worden sei. Auch das ist ein Beweis dafür, welche Stimmung gegen die Demokratie in Württemberg herrscht. Sehr treffend verteidigt der Abgeordnete Keil die Stichwahlparole wie folgt: Wir führten bei den Landtagswahlen im Dezember einen gemeinsamen Kampf mit der Volkspartei und brachten große Opfer, um das Schwerkriegsmittel möglichst nach links zu verschieben. In den Verhandlungen über das Abkommen war es gerade Hausmann, der erklärte, er hoffe, daß man sich nur auch im Landtage näher kennen, gegenseitig unterstützen und Aktionen zur Durchsetzung gemeinsamer Forderungen gemeinsam einleiten werde. Und wenige Tage später leitete eben derselbe Hausmann gemeinsam mit Rager Verhandlungen mit der Deutschen Partei, die von der Volkspartei bis dahin aufs Allerschärfste bekämpft worden war, ein, nur zu dem Zweck, uns zu schwächen. Das durften wir nicht ohne den schärfsten Protest hinnehmen. Das waren wir unserer Parteifreunde schuldig. Wir mußten zeigen, daß das Gewicht der sozialdemokratischen Stimmen etwas bei

der Stichwahl zu bedeuten hat und daß wir uns nicht ungekräft mißhandeln lassen. Wir hatten der gesunden Empörung unserer Parteigenossen im Lande Rechnung zu tragen. Hat die Parole auch ihren Zweck nicht erreicht, ihre Wirkung hat sie dennoch getan, das haben wir vor acht Tagen in Konstanz gehört, wo man unsere Taktik begrifflich gefunden hat. Sollte es noch einmal nötig sein, ein Beispiel zu statuieren, so wird es an der Partei nicht fehlen.“ Diese Ausführungen fanden bei der Landesversammlung lebhafteste Zustimmung.

Ein nach Form und Inhalt sehr gediegenes Referat erstattete Genosse Dr. Lindemann über die umfangreiche, eifrige Tätigkeit der Landtagsfraktion. Das Referat, wie auch der gedruckt vorliegende Bericht, auf dessen Einzelheiten hier nicht eingegangen werden kann, liefert fast Satz für Satz eine gründliche Widerlegung der gegnerischen Behauptung von der negativen Tätigkeit der Sozialdemokratie. Lindemann wies darauf hin, daß die Verhältnisse im Landtage selbst zu einer Art Großblockpolitik nach badischem Muster geführt haben, ohne besonderes Zutun der Sozialdemokratie. Zur Mehrheitsbildung bedürfte es im Landtage dreier Parteien und wenn die liberalen Parteien etwas erreichen wollen, so können sie das nicht ohne Hilfe der Sozialdemokratie, die häufiger als man anfangs geglaubt habe, das Ringlein an der Wage bilde. Diese Situation habe die Sozialdemokratie nach Kräften für sich ausgenützt. Auch ihre weitere Taktik, Zentrum und Bauernbund möglichst zu isolieren, sei von Erfolg gekrönt gewesen. Das Zentrum habe man in der wichtigsten Volksschulfrage, den Bauernbund in den Mittelstandsfragen isoliert. Lindemann motivierte auch eingehend die Zustimmung unserer Landtagsfraktion im Stat. Er machte für die gegenüber früher veränderte Haltung der Fraktion in der Hauptsache zwei Gründe geltend. Einmal sei es die von uns seit langem erprobte Verbesserung sowohl der materiellen als auch der rechtlichen Verhältnisse der Unterbeamten und Arbeiter des Staates gewesen, die, weil sie völlig in den Etat hineingearbeitet worden war, unsere Fraktion zur Zustimmung veranlaßte, zum anderen wollte man alles vermeiden um die ohnehin nicht leichte Stellung, die die württembergische Regierung vor dem internationalen Kongreß der Scharfmachern gegenüber hatte, noch zu schwächen oder zu erschweren. Die Schlussabstimmung sei im Sinne des Schlusssatzes der Südbader Resolution erfolgt. Lindemann stellte ausdrücklich fest, daß mit dieser Abstimmung eine Festlegung für später nicht erfolgt und kein Präjudiz geschaffen worden sei. Die Diskussion über diesen Gegenstand war eine sehr lebhaft. Sämtliche Redner, mit einer einzigen Ausnahme, tadelt die Haltung der Fraktion in der Budgetabstimmung; insbesondere die Genossin Jettin. Die Landesversammlung lehnte es aber ab, in einem direkten Beschluß der Fraktion das Verhalten über ihre Haltung auszusprechen. Ebenso lehnte sie aber auch eine Resolution ab, in welcher der Fraktion ein Vertrauensvotum erteilt werden sollte. Man begnügte sich mit der geflogenen Aussprache und gab damit zu erkennen, daß man nicht wünscht, daß aus dieser Frage ein Konflikt zwischen der Partei und der Fraktion entstehe.

Keil-Stuttgart begründete unter lebhaftem Beifall eine einstimmig angenommene Resolution, welche den preussischen Genossen die Sympathie zu ihrem Wahlrechtskampfe ausdrückt.

Ferner nahm die Landesversammlung auch zum Reichsvereinsgesetz Stellung.

Reichstagsabgeordneter Genosse Hildebrand begründete ebenfalls unter stürmischer Zustimmung der Landesversammlung eine dementsprechende Resolution.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Die nächste Landesversammlung findet in Stuttgart statt.

Als Vorsitzender des Landesvorstandes wurde Steinbrinner (Stuttgart) wiedergewählt.

Kommunalpolitik.

Wertzuwachssteuer und Grundstücksverkäufe in Berlin.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat bekanntlich kürzlich mit allen gegen 2 Stimmen eine Magistratsvorlage abgelehnt, die beim Besitzwechsel von Grundstücken einen kleinen Prozentsatz des sich hierbei gegenüber dem letzten Erhebungspreis ergebenden Wertzuwachses der Gemeinde zuführen wollte, nachdem diese Vorlage bereits in der Ausschussberatung durch die liberale Majorität zu einem „Messer ohne Heft und Klinge“ gemacht worden war. Um welche wichtige Einnahmequelle sich dadurch die Gemeinde gebracht hat, geht aus folgender vom Statistischen Amt veröffentlichten Zusammenstellung der im Jahre 1906-1907 in Berlin stattgefundenen Verkäufe von bebauten und unbebauten Grundstücken hervor:

Monat 1906	Bebaute Grundstücke		Unbebaute Grundstücke	
	Zahl	Verkaufswert Mt.	Zahl	Verkaufswert Mt.
August	150	37 511 018	56	5 691 059
September	50	18 810 535	32	3 065 106
Oktober	175	64 801 217	46	6 826 131
November	212	67 475 661	52	9 785 521
Dezember	94	29 199 294	30	4 253 011
1907				
Januar	191	58 611 133	50	6 221 685
Februar	124	41 310 112	73	7 314 327
März	68	18 248 237	39	4 662 459
April	188	59 529 333	34	4 256 797
Mai	152	60 022 769	11	1 920 700
Juni	155	51 548 615	37	5 272 627
Juli	174	54 955 764	22	5 689 905
Zusammen	1738	592 023 688	482	64 955 728

Wenn auch aus dieser Zusammenstellung natürlich nicht der seit dem letzten Besitzwechsel erfolgte Wertzuwachs ersichtlich ist, so deuten die ungeheuren Zahlen doch schon an, daß es sich hier um viele Millionen handelt, die bei einer zweckentsprechenden Wertzuwachssteuer der Gemeinde, deren Einrichtungen und Entwicklung die kolossale Verheerung der städtischen Grundstücke doch in erster Linie zu verdanken ist, zuzuführen könnten. Die schmachliche Haltung des Berliner Kommunalparlamentes und die träge Privilegierung der Hausbesitzer durch das Berliner Stadtverordnetenwahlrecht, das ihnen die Hälfte aller Sitze einräumt, haben das verhindert.

Handelshochschule Mannheim. Die am 13. Oktober ds. J. beabsichtigte festliche Eröffnung der Handelshochschule wird im Einverständnis mit der Regierung mit Rücksicht auf die Landbestrauer bis auf weiteres verschoben. Dagegen werden die Vorlesungen und Praktika im kommenden Semester in vollem Umfang, wie für die Hochschule geplant, am 24. Oktober beginnen. Die Regierung hat in bestimmter Aussicht gestellt, daß das Wintersemester 1907-1908 bei der späteren Ablegung von Diplomprüfungen den Beteiligten als Hochschulsemester zur Anrechnung kommen wird.

Schulm... hart wa... B. Pi... Schul... hängt... Auch... gefell... Die... sind... au... ma... a u... unfo... Nat... Es... dieser... schmarol... am Stad... Tochter... Schweg... von un... Stadt en... selinen... Grün... Lieferun... abgeänd... Hochsurse... Mühe im... stellt. M... Schünker... Zum St... Ludwig... Dienstag... Heberg... die bish... den Jins... auf 4 1/2... fahrt. Neb... Polizeist... polizeilich... Stadt bis... Di... benüt... betrieb... besondere... der Gemei... schaftstong... keine Lust... Schwabe... zu werden... gefision zu... zusehen... abgefragt... Gemeindeg... meinderat... — In... selben geg... spielweise... zwischen d... Schulldigen... Pteggern d... wri die P... fchen W... durch The... gehängt ha... murgen mit... glich dem... Kaufverkan... — Ge... mäßig, die... Duran... Sparka... 415 832,08... Marz. Di... 5459,78... gansen 305... Monat für... Lehrer... schlossen, a... theaters zu... vorstell... Wir können... stellungen... möglich lei... infittat zu... * Man... stellung gin... Socheit ne... mit Bahnen... höchsten Rod... Effah mit A... Wulkoß Ab... zur Sinken... Ehevertrag... einem Schw...

Badische Chronik. Freiburg.

8. Oktober.

Zufriedene Arbeiter. Zwischen dem Verband der Schuhmacher und der Schuhmacherinnung ist ein Tarif vereinbart worden...

Die fünf braven Arbeitswilligen, welche bei Fischer beschäftigt sind, ließen nun folgende Erklärung los:

Zur Aufklärung

an das verehrliche Publikum der Stadt Freiburg. Bezugnehmend auf die Erklärung der Schuhmacherinnung...

Die Gehilfen des Herrn Wilhelm Fischer: Mathias Vieler, Karl Mühlebach, August Wittum, Otto Gräble, Joseph Lang.

Es wird uns versichert, daß, trotzdem schon drei Tage seit dieser 'Aufklärung' verfloßen sind, noch keiner von den fünfem schamrot geworden sei.

Heute abend findet in der Schloßbergbrauerei eine Versammlung der Fabrikarbeiter statt, und morgen abend eine Versammlung der in der Bekleidungsindustrie beschäftigten Arbeiter...

Ein Spiel auf der Treppe des Notausganges am Stadttheater hier fiel gestern nachmittags die 8 Jahre alte Tochter eines hiesigen Tagelöhners vom ersten Stockwerk auf den Gehweg herab...

350 M. in barem Gelde sowie eine Geldbörse wurden von unbekanntem Täter aus einem Milchwagen heraus in hiesiger Stadt entwendet.

Ettlingen.

8. Oktober.

Gemeinderatsbeschlüsse. Der mit der Firma Grün und Bisfinger A.G. in Mannheim abgeschlossene Wasserlieferungsvertrag wird auf Grund neuerlicher Verhandlungen abgeändert...

Die städtische Festhalle wird für die nächste Zeit nicht mehr benutzt werden können. Das Bezirksamt dublet den Wirtschaftsbetrieb bei Festlichkeiten in derselben nicht mehr...

Im gestrigen Landmannmouquetier ein Abonnet deselben gegen die hohen Fleischpreise hier, während beispielsweise in Stuttgart das Pfund Rindfleisch nur 60 Pfg. koste...

Die neue Theaterdirektion hat sich entschlossen, auch den weniger Bemittelten den Besuch des Stadttheaters zu ermöglichen. Jeden Mittwoch findet eine Volksvorstellung statt.

Heute beginnt der Herbst. Das Ergebnis wird mittelmäßig, die Qualität für gut gehalten.

Dursach, 7. Okt. Die neuen Einlagen der städt. Sparkasse betragen im Monat September in 1850 Posten 415 832,08 Mark...

Lehr, 8. Okt. Die neue Theaterdirektion hat sich entschlossen, auch den weniger Bemittelten den Besuch des Stadttheaters zu ermöglichen.

Mannheim, 6. Okt. Im Abessinierdorf der Ausstellung ging heute wieder ein großes Ereignis vor sich: eine Hochzeit nach mohamedanischem Ritus.

Die Obstaustellung hat in quantitativer wie qualitativer Beziehung alle Erwartungen übertroffen. Zwei Hallen in der Ausstellung, die Wandelhalle des Rosengartens und der Ridelungsaal sind gefüllt mit den prächtigsten Erzeugnissen der Gartenkultur.

Die Obstaustellung hat in quantitativer wie qualitativer Beziehung alle Erwartungen übertroffen. Zwei Hallen in der Ausstellung, die Wandelhalle des Rosengartens und der Ridelungsaal sind gefüllt mit den prächtigsten Erzeugnissen der Gartenkultur.

Die Ludwigshafener Streikwalle vor dem pfälzischen Schwurgericht.

Ludwigshafen, 7. Okt.

Die am Himmelfahrtstage gelegentlich des Streiks in der Leim- und Düngersfabrik Dr. Zimmermann in Ludwigshafen stattgefundenen Krawalle haben gegen einen Teil der daran Beteiligten eine Anklage wegen Landfriedensbruch zur Folge gehabt...

Die Arbeiter der Zimmermannschen Fabrik traten im März in eine Lohnbewegung ein, indem sie eine 15prozentige Lohnserhöhung forderten.

Da, am Abend des 1. Mai gegen 10 Uhr, wurden ohne irgend eine Veranlassung aus dem Innern der Fabrik 4-5 Schüsse auf die Streikposten abgegeben, ohne jedoch jemand zu verletzen.

Da, am Abend des 1. Mai gegen 10 Uhr, wurden ohne irgend eine Veranlassung aus dem Innern der Fabrik 4-5 Schüsse auf die Streikposten abgegeben, ohne jedoch jemand zu verletzen.

Die Angeklagten wirklich die ihnen zur Last gelegten Vergehen alle begangen haben, und als die Hauptgehebenden zu betrachten sind, wird die morgen beginnende Verhandlung erwarten, davon sind wir jedoch überzeugt, daß manches in der Anklageschrift durch den Prozeß als übertrieben sich herausstellen wird.

Bereine und Versammlungen. Grödingen, 7. Okt. Eine ziemlich gut besuchte Parteiversammlung fand gestern nachmittags im 'Löwen' statt.

Grödingen, 7. Okt. Eine ziemlich gut besuchte Parteiversammlung fand gestern nachmittags im 'Löwen' statt. Unser Reichstagsabgeordneter, Genosse Eichhorn, gab in einem zweistündigen Vortrag in kurzen Umrissen ein Bild vom internationalen Kongreß in Stuttgart, sowie vom Essener Parteitag.

Grödingen, 7. Okt. Eine ziemlich gut besuchte Parteiversammlung fand gestern nachmittags im 'Löwen' statt. Unser Reichstagsabgeordneter, Genosse Eichhorn, gab in einem zweistündigen Vortrag in kurzen Umrissen ein Bild vom internationalen Kongreß in Stuttgart, sowie vom Essener Parteitag.

dem wo der 'Volksfreund' hier seinen Einzug gehalten, da wächst unsere Sache weiter. Darum, Genossen und Gewerkschaftler, bestellt den 'Volksfreund' und lehr den Blättern, die Streikbrecherinsekte aufzunehmen...

Aus der Residenz.

* Karlsruhe, 8. Okt.

Die Beisetzung des verstorbenen Großherzogs fand gestern Vormittag bei einer Massenbeteiligung der Karlsruher und auswärtigen Bevölkerung statt.

Nachdem kurz vor 11 Uhr der Kaiser eingetroffen war, begann alsbald in der Schloßkirche die kirchliche Trauerfeier, bei welcher Herr Prälat Helbing eine in ihrer Einfachheit sehr wirkungsvolle Trauerrede hielt.

Die liebe Neugierde hat natürlich wie immer bei solchen Gelegenheiten ihre Opfer gefordert. Der Schieferbedeckter Kreler fiel von einem Baume des Schloßplatzes, auf den er gestiegen war, um den Leichenzug sehen zu können.

Das Geschäft blühte bei den Hausbesitzern und Fenstervermietern, die an den Straßen, welche der Zug passierte, wohnen.

Wir verzichten darauf, heute auf Einzelheiten einzugehen. Konstatieren möchten wir nur, daß es auf Fernstehende einen sehr unangenehmen Eindruck macht, wenn mit der Trauer um den verstorbenen Großherzog das rücksichtsloseste Geschäftsprinzip eingeflochten wird.

Städtische Wasserleitung.

Der Stadtrat beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung erteilen, daß mit einem aus Anlehensmitteln zu bestreitenden Aufwand von 170 000 Mk. für die städtische Wasserleitung ein Druckrohr von 400 Millimeter Lichterweite vom Meßplatz bis zur Kreuzung der Kaiser-Allee mit der Blücherstraße hergestellt werde.

Die Direktion der städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerte hat unterm 21. August beziehungsweise 2. September d. J. dem Stadtrat folgendes berichtet: In den letzten Jahren in der heißen Jahreszeit angelegte Wasserdruckmessungen hatten ergeben, daß in dem Stadtgebiet nördlich der Kaiser-Allee und westlich der Blücherstraße der Wasserdruck zu den stärksten Verbrauchsstunden nur eine durchschnittliche Höhe von 9 bis 10 Meter, von der Straßentiefe an gemessen, erreicht.

Dieser Rohrstrang soll 400 Millimeter Lichterweite erhalten, zweigt auf dem derzeitigen Meßplatz ab, wird unter den Staatsbahngleisen Karlsruhe-Rastatt beziehungsweise Karlsruhe-Dürmersheim in der Verlängerung der Gutschstraße durchgeführt, zieht sich dann durch die Gutschstraße, Kurvenstraße und Jollystraße, biegt hier in die Gartenstraße ein, verläuft in kurzer Strecke die Lessingstraße und folgt sodann dem Zug der Kriegstraße und Weimdennerstraße bis zur Yorkstraße; in dieser Straße verbleibt der Strang bis zu ihrer Kreuzung mit der Kaiserallee beziehungsweise der Kaiserallee mit der Weimdennerstraße, an welcher Stelle die Verbindung mit dem Verteilungsrohrnetz dieses nordwestlichen Stadtgebietes erfolgt.

te 4. ungekräftig unferer die Parole die dennoch gehört, wo es noch ein es an der der Lan... t erstattete e, eifrige wie auch hier nicht ine gründ- negativen darauf hin, et Groß- ht haben. Mehrheits- wenn die ie das nicht anfangs ge- Situation nicht. Auch nicht zu ison habe man den Mittel- gehend in ion im te Saltung d. Einmal ung sowohl der Unter- il sie völlig raktion zur ermeiden dembergische harfmachern deren. Die der Lübecker ist, daß mit über diesen bedner, mit raktion in gettin. Die en Beschluß aufspreden, welcher der Man be- b damit zu Frage ein teht. Weisfall eine schischen Ge- usdrückt. n Reichs- begründete desverfam- n o m e n. r t statt. einbrener in Berlin. beauftragt sborlage ab- einen kleinen Erhebungs- hen wollte, ung durch die und Klinge" mequelle sich geänder beim g der im use von be- Grundstücke Verkauftwert Mt. 5 691 059 3 065 106 6 826 131 9 785 521 4 253 011 6 221 685 7 314 327 4 662 459 4 256 797 1 920 700 5 272 627 5 686 305 64 955 728 türlich nicht cha erstlich daß es sich tentipreden- gungen und chen Grund- chen könnten- teins und des Berliner er Sitze ein- ober ds. Ja. die wird im uf die Lan- den die Be- vollere Un- er beginnen. ab das Win- von Diplom- Unrechnung

jauchst du dieses neuen Wasserrohrtranges werden einschließlich der Herstellung der Schächte, der Erd- und Rohrverlegungsarbeiten, sowie einschließlich der Rohmaterialbeschaffung 170 000 Mk. betragen.

Der Stadtrat kann sich nach der Darstellung der Direktion der Notwendigkeit der Verbesserung der Wasserlieferungsverhältnisse der Nordweststadt um so weniger verschließen, als gerade jenes Gebiet in neuester Zeit die lebhafteste Bautätigkeit und die stärkste Bevölkerungszunahme aufweist.

Der Fall Reimling.

Polizeikommissar Reimling, früher lange Jahre in Mannheim und zuletzt bis zum 1. Oktober in Freiburg tätig, ist nach seinem Umzug nach Karlsruhe plötzlich gestorben. Wie man hört, soll die Todesursache bei dem erst 42 Jahre alten Beamten eine Lungenentzündung gewesen sein. Herr Reimling war geborener Offenburger, war überall, wo er tätig war, als Mensch und Beamter außerordentlich beliebt.

So die erste Meldung. Die näheren Umstände, die den Tod Reimlings herbeigeführt haben, erheischen eine öffentliche Besprechung. In Freiburg und Mannheim hält sich nämlich heute morgen mit großer Hartnäckigkeit das Gerücht aufrecht, Herr Reimling habe sich nach einer Unterredung im Ministerium im Karlsruhe'schen Garten erschossen. Die daraufhin von uns eingezogenen Erkundigungen ergaben aber die Unhaltbarkeit des Gerüchtes.

Walzenwehre.

Der Stadtrat beantragt: der Bürgerausschuß wolle genehmigen, daß in der Alb bei Weiertheim und bei Rüppurr je ein Walzenwehr zwecks Spülung städtischer Kanäle und Speisung der Stadtgärten und der Eisweiser in den Bruchwiesen erstellt und der durch diese Einrichtung erwachsende Aufwand in Höhe von 41 000 Mk. aus Anlehensmitteln gedeckt werde.

Durch Entschließung des Bezirksrats wurde der Stadtgemeinde Karlsruhe die Genehmigung zur Erstellung von zwei Stauwehren in der Alb zu Kanalspülzwecken erteilt. Diese Stauanlagen sind in Weiertheim und Rüppurr vorgesehen. Die Wehre sollen als „Walzenwehre“ ausgeführt werden, deren Vorzüge vor anderen Konstruktionen darin bestehen, daß bei hochgezogener Walze in der Durchflußöffnung Abfluhhindernisse in Gestalt von festen Einbauten oder an der Wehrsohle liegenden Konstruktionssteile vollständig fehlen. Das Wehr in Weiertheim wird 4,5 Meter unterhalb der zum Weierweg führenden Altbauwehre bei Stephaniensbad erstellt. Die durch die Stauvorrichtung zu verschließende Wehröffnung hat eine Lichtweite von 10,5 Meter und eine Verschlusshöhe von 1,62 Meter. Bei hochgezogener Walze ist die Höhe der Durchflußöffnung 2,20 Meter, die Lichtweite der oberhalb dieses Wehres liegenden Straßenbrücke 2,26 Meter. Das Wehr in Rüppurr liegt 12 Meter unterhalb der Straßenbrücke des Mühlwiesenswegs (unterhalb der Sägemühle). Die Lichtweite der Alb ist hier 7,5 Meter, die Lichthöhe des Flußprofils bei offenem Wehr 2,25 Meter, die Verschlusshöhe des Wehres 0,60 Meter. Die Kosten des Wehres in Weiertheim belaufen sich auf 20 000 Mk., die desjenigen in Rüppurr auf 21 000 Mk., zusammen 41 000 Mk.

Durch den Abfluß in Weiertheim wird das Abwasser zwei Spülkanälen zugeleitet. Der eine zieht in westlicher Richtung und dient zur Speisung der Stadtgärten und der Kanäle des künftigen Stadtgebietes von 18 Hektar Inhalt, zwischen Stadtgarten und Weiertheimer Allee. Der andere durchzieht Weiertheim in nördlicher Richtung, die Kirch- und Wehrstraße und dient zur Spülung bestehender und künftiger Kanäle eines 334 Hektar umfassenden Stadtgebietes zwischen Landgraben und Alb, Karl Friedrichstraße bezw. Weiertheimer Allee und Dorfstraße. Der Abfluß in Rüppurr ist bei Verfüllung des Klostergartens nötig zur Bildung von Eisflächen in den Bruchwiesen, sodann zur Kanalspülung der Südstadt zwischen Landgraben und künftiger Staatsbahn, Wiesenstraße und Eitlingerstraße, das ist ein Areal von 84 Hektar; des ferneren der Spülung der projektierten Kanäle im Industriegebiet „Dammerstod“ mit 49 Hektar Inhalt. In späterer Zeit ist derselbe außerdem zur Spülung umfangreicher Kanalgebiete westlich der Alb zu verwenden. Die angeführten Spülkanäle sind in den nächsten Jahren mit der Kanalisation der Vororte Weiertheim und Rüppurr, der Einführung der Schwemmanalysation in Karlsruhe, sowie mit der Erstellung der Karlsruhe'schen Eisflächen auszuführen. Ohne diese Einrichtungen zur Abverwertung müßten nach Ausbau des Kanalnetzes zur Kanalspülung große Mengen Wasserleitungswasser verworfen werden (im Jahr über 700 000 Kubikmeter), welche nur notdürftig zur wirksamen Kanalreinigung genügen und trotzdem sehr erhebliche Kosten bedingen. Die nötige Speisung der Stadtgärten und die Erstellung von Eisweiden wäre überhaupt ausgeschlossen. Die beiden Wehre müssen gemäß Bezirksratsbeschluss bis Januar 1909 fertiggestellt sein.

* Ein festes Städtchen China wird in den nächsten Tagen in Karlsruhe die Aufmerksamkeit des Publikums in weitestem Maße beanspruchen: Tschin Maas heilige Tschingwen werden nämlich vom 8. Oktober ab im Apollotheater ein mehrtägliches Gespielspiel geben. Diese acht Ostasiaten gehören einem Volksstamme an, der früher unter chinesischer Herrschaft stand, sich später aber freigemacht hatte, und die wie die indischen Fattegeborenen Gaukler sind. Die Truppe wurde in Ruden zusammengeführt aus den besten Krieger der Stammesgenossen.

* Internationale kunstgewerbliche Ausstellung in St. Petersburg. Im Sommer 1908 wird in Petersburg in der Michael-Manege eine internationale kunstgewerbliche Ausstellung von Möbeln, Haus- und Zimmereinrichtungen und dekorativen Gegenständen stattfinden, deren Dauer sich auf mindestens zwei Monate erstrecken soll. Die Ausstellung wird 15 Klassen umfassen: Dekoration der Wohnräume, Tapeten, gewöhnliche und Kunstmöbel, Teppiche und Möbelzubehör, Musikinstrumente, Tapezierarbeiten, Tisch- und Bettwäsche, kunstgewerbliche Konwaren, Kristall- und Glaswaren, Silber-, Bronze- und schmiedeeiserne Waren, Kunstwerke, Kücheneinrichtung, Heizungs- und Ventilationsapparate, elektrische und sonstige Beleuchtung, Haus- und Zimmereinrichtungen. Mit der Ausstellung wird bezweckt: die Technik der in der Klassifikation aufgeführten Industrien zu vervollkommen, das Kunstverständnis der Produzenten zu erhöhen, das Publikum mit den entsprechenden russischen und ausländischen Industriezweigen bekannt zu machen und die Entwicklung der russischen Industrie während des letzten Dezenniums vorzuführen. Eine staatliche Unterstützung der Teilnehmer an der Ausstellung findet

nicht statt. Interessenten können sich über die Ausstellungsbedingungen und sonstige Einzelheiten in dem Bureau der Karlsruhe'schen Handelskammer informieren.

* Handelsverkehr mit dem Ausland. Bei den deutschen Generalkonsulen in Buenos Aires, Rio de Janeiro, Shanghai, Calcutta, Johannesburg, Sdney, Yokohama, St. Petersburg, Valparaiso, Konstantinopel, Newyork und bei dem Konsulat in Chicago wirken seit einigen Jahren Handelsfachverständige, welche berufen sind, die den Konsulen auf wirtschaftlichem Gebiet zugehörige Tätigkeit zu ergänzen. Die besondere Aufgabe der Handelsfachverständigen besteht darin, dem heimischen Handel und seinen nach dem Auslande entsandten Vertretern durch praktische Ratsschläge und Fingerzeige die Wege zu weisen und zu ebnen, auf denen sich eine erfolgreiche Betätigung der Absatzbestrebungen des deutschen Gewerbes im Auslande ermöglichen läßt. Auch hat der Handelsfachverständige auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die der deutschen Industrie und dem deutschen Handel durch ausländische Konkurrenz drohen und auf beachtenswerte Neuerungen und sonstige bemerkenswerte wirtschaftliche Erscheinungen, die in seinem Bezirke hervortreten, hinzuweisen. Ebenso hat er die Aufmerksamkeit der ausländischen Abnehmerkreise auf die Leistungen der heimischen Industrie und auf deren günstige Bezugsbedingungen hinzuwirken. Hieraus ergibt sich, daß die Handelsfachverständigen bei den deutschen Konsularbehörden im Auslande im hohen Grade geeignet sind, den heimischen Interessenten im Informationsüber die verschiedenen Gebiete des Wirtschaftslebens an die Hand zu geben. Nach den bisherigen Erfahrungen scheint indessen das Institut der Handelsfachverständigen in unseren industriellen und kommerziellen Kreisen noch nicht in wünschenswertem Maße bekannt zu sein und benützt zu werden. Die Handelskammer Karlsruhe empfiehlt daher ihren Bezirksangehörigen, die Einrichtung der Handelsfachverständigen mehr als bisher in Anspruch zu nehmen.

* Wetterbericht. Der tiefste Barometerstand mit weniger als 745 Millimeter befindet sich heute auf dem Ocean zwischen Schottland und Südnorwegen. Von dort aus reicht eine breite Kurve niedrigen Druckes über Großbritannien und die Nordsee bis Südrussland und den Biscayaee. Relativ hoher Druck liegt über Südost- und Südwesteuropa, doch erreicht der Barometerstand im Bereich unserer Karte nur eine Höhe von 765 Millimeter. Zudem bestehen auch im Gebiet des hohen Luftdruckes insbesondere im Mittelmeer zahlreiche Unregelmäßigkeiten. Heute Morgen war in der Pfalz der Himmel trüb. Die Morgenstemperaturen haben gegen gestern keine wesentliche Veränderung erfahren. Unter Tags nahm auf der bairischen Hochebene die Temperatur stark zu.

Voraussichtliche Witterung: Wechselnde Bewölkung, stellenweise Niederschläge, kühl.

* Der Friedhofsweg ist jetzt für Radfahrer freigegeben, dagegen ist das Radfahren auf dem nur für Fußgänger bestimmten sichtbar abgegrenzten Teil des Weges verboten.

* Edele Pferde. Gestern, abends gegen 8 Uhr, gingen die vor eine Drofche gespannten Pferde in der westlichen Kaiserstraße, während der Aufsicht dort in eine Wirtschaft sich begab, durch und rannten durch die Kirchstraße Weiertheim zu. Edele Pferde und Kutschknechte rannten solche gegen einen Gasanbelagerer und konnten dort gestoppt werden. Drofche und Pferde wurden nicht beschädigt, bezw. verletzt, dagegen der Kutschknecht abgeritten.

* Vom Dache gekürzt. Gestern nachmittags 5 Uhr stürzte ein 10 Jahre alter Knabe im Hofe des Hauses Lützenstraße Nr. 24 vom flachen Dache eines dort befindlichen Schuppens herab und zog sich schwere innere Verletzungen zu. Der Knabe hat mit noch mehreren Knaben auf dem Dache gespielt. Derselbe wurde von Mitbewohnern der Freiw. Sanitätskolonne in das städt. Krankenhaus verbracht.

Neues vom Tage.

Agosb, 5. Okt. Das Militärärzneygeheim Waldeck, das durchschnittlich immer von 50 Rekonvaleszenten belegt ist, erhält ein zeitweilig eingerichtetes, größeres Badgebäude.

Dortmund, 7. Okt. In den letzten 8 Tagen wurden im Ruhr-Bezirk 38 Neuerkrankungen an Genickstarre gemeldet. Die Zunahme der Epidemie beträgt rund 14%.

Wien, 7. Okt. Heute Vormittag ist die Schnabbsche Zigaretten-Papierfabrik total niedergebrannt. Der Direktor Pollat und zwei Feuerwehrleute sind schwer, 8 leicht verletzt worden.

Brüssel, 7. Okt. Einem belgischen Blatt zufolge werden alle Wertgegenstände und Juwelen der verstorbenen Königin der Belgier unter den Hammer gebracht werden. Diese Versteigerung erfolgt auf Betreiben der Gläubiger der Prinzessin Louise. Unter den Juwelen befindet sich u. a. ein Diadem, das der Königin vom Lande anlässlich ihrer silbernen Hochzeit geschenkt worden war.

Madrid, 7. Okt. Aus den einzelnen Landesteilen kommen noch immer Meldungen über die durch die jüngsten Ueberflutungen angerichteten Schäden. Die Straßen von Malaga sind noch von einer Schlammdecke bedeckt. Viele Einwohner sind zu Bettlern geworden. Eine große Nahrungsmittelnot erhöht die Leiden der Bevölkerung. Als sich das Wasser verlaufen hatte, stürzten die hungernden Menschen in die Nahrungsmittel-Läden, um in den Besitz von Etwas zu gelangen, da diese meist mit Schlamm bedeckt waren, so befürchtet man den Ausbruch einer Epidemie.

Dran, 7. Okt. Nachdem die Pest schon als erloschen erklärt worden ist, sind gestern zwei neue Fälle konstatiert worden. Die Kranken wurden sofort isoliert. Dr. Faivre, der Generalinspekteur der Hygiene-Verwaltung, der bereits nach Algier abgereist war, ist dringend wieder zurückberufen worden. Die Quarantäne wird mit aller Strenge durchgeführt.

Newyork, 7. Okt. Vier maskierte Briganten drangen am Samstag in die Bank zu Sedden in Alabama ein und raubten Wertgegenstände in Höhe von 4 Millionen Dollars. Sie erschossen einen Beamten und entkamen.

Nach einer Meldung aus Waterburg im State Connecticut stürzten 600 Personen, die auf einer Tribüne einer öffentlichen Versammlung belohnten, infolge Zusammenstoßes in den unter der Tribüne laufenden Fluß. Soweit bekannt ist, ist eine Person getötet worden, zahlreiche andere sind verletzt.

Das Ehepaar Gould, das vor einigen Monaten in Montecarlo eine reiche schweizerische Witwe ermordete, den Leichnam zerstückelt und dann in einem Koffer nach Marseille schaffte, wo das Verbrechen entdeckt wurde, hat ein offenes Geständnis abgelegt. Der Chemiker Gould brachte eine Darstellung zu Papier und sandte das Schriftstück an den Untersuchungsrichter ab. Nach diesem Bekenntnis kam er mit seiner Frau auf die Idee, einen Raubmord zu begehen, als sie eines Abends im Garten des Casinos von Monte Carlo saßen und die ein- und ausgehenden Besucher der Spieltische betrachteten. Unter diesen fiel ihnen be-

sonders die mit Schmutz reich beladene schweizerische Witwe auf, und so fassten sie den Plan, die Dame in ihre Wohnung zu locken, zu ermorden und zu berauben, um auf diese Weise ihrer Not ein Ende zu machen. Das verbrecherische Vorhaben gelang auch und während sich Frau Gould mit der Schwedin unterhielt, gab sie ihrem Manne Gelegenheit, sich ihrem Opfer unbemerkt zu nähern und durch einen heftigen Schlag auf den Hinterkopf zunächst zu betäuben. Dann ermordeten sie die Frau, zerstückelten gemeinsam den Leichnam und stopften ihn in den Koffer. Frau Gould hat das Geständnis ihres Mannes mit unterzeichnet.

Die Braut eines Erzherzogs.

München, 7. Okt. Unter der Voraussetzung, daß die vor einigen Tagen in Berliner Blättern erschienenen Mitteilungen über die Braut des Leopold Wälfing namens Maria Ritter gemachten Angaben richtig sind, erfährt der Bayerische Kurier, daß die Maria Ritter aus Nowag im Kreise Reife in Schlessen sich im Frühjahr 1903 in München aufgehalten und wegen getriebener Unaufrichtigkeit zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt, sowie aus München ausgewiesen worden sei.

Die „Berliner Zeitung am Mittag“ veröffentlicht folgende angeblich von zuverlässiger Seite bestätigte Meldung: Die jetzige Braut Leopold Wälfings war in früheren Jahren als Dienstmädchen nach Berlin gekommen. Später kam sie nach Mannheim und von dort nach München. In München lernte sie den ehemaligen österreichischen Erzherzog Leopold Wälfing kennen, dem sie erzählte, daß sie einen Bräutigam habe. Leopold Wälfing ließ sich diesen Mann, der unter dem Namen „Schwäbischer August“ bekannt ist, nach der Riviera kommen und kaufte ihm dort die Braut um 10 000 Mark ab. Für dieses Geld erwarb der Schwäbische August ein Käsegeschäft in Berlin.

Letzte Post.

Aufgehobene Zeugniszwangsforderung.

W. Straßburg, 8. Okt. Die Zeugniszwangsforderung gegen den Genossen Schneider von der „Freien Presse“ hat ein klägliches Ende genommen. Auf die erhobene Beschwerde hin hat die Strafkammer beim Landgericht Straßburg telegraphisch die Aufhebung der Forderung alszwanghaft angeordnet. Die Gründe für diesen Beschluß liegen noch nicht vor. Jedenfalls ist aber die Deporelloliste der Zeugnisfollerfälle um ein lehrreiches Stückchen reicher. Ebenso erfreulich wie charakteristisch war übrigens, daß die ganze Presse, soweit sie sich bisher geäußert hat — von der Straßburger Post angefangen — nachdrücklich gegen die Zeugniszwangsforderung eingetreten ist.

Wechsel im Statthalterposten für Elsaß-Lothringen.

Berlin, 7. Okt. Staatssekretär v. Tschirch ist von dieser Stelle zurückgetreten und geht als Vorgesetzter nach Wien. Zu seinem Nachfolger an die Spitze des Auswärtigen Amtes ist der Vorgesetzte in Postersburg v. Schön bestimmt worden. Der bisherige Statthalter von Elsaß-Lothringen als Nachfolger des Fürsten zu Hohenlohe-Kangenberg ernannt, der sich in den Ruhestand zurückzieht.

Die österreichische Eisenbahnerbewegung.

Wien, 7. Okt. Die passive Resistenz der Eisenbahner dauert an. Die Verhandlungen bei der Staatsseksion werden fortgesetzt. Bei der Nordwestbahn stellten die Eisenbahner neue Forderungen auf.

Wom ungarischen Wahlrechtskampf.

Budapest, 7. Okt. Der Minister des Innern hat den Einspruch der Arbeiter gegen das polizeiliche Verbot des am 10. Oktober geplanten Demonstrationstages vor dem Parlament verworfen. Da die Arbeiter von dem Tag nicht absteigen wollen, so sind erstere Zusammenkünfte nicht ausgeschlossen. Fast den gesamten Straßendienst wird am 10. Oktober das Militär besorgen.

Eine Rede Jaurès.

Paris, 7. Okt. Jaurès hielt gestern vor seinen Wählern in Milligot eine Rede, in der er die Theorie des bekannten Antimilitaristen Professor Serre kritisierte. Er erklärte u. a.: Jede Partei bietet ihre extremen Elemente, welche in ihren Forderungen zu weit gingen. Er zieht jedoch diese Leute denen vor, welche stillschweigend. Von dem Bruch der Sozialisten und Radikalen sprechend, suchte Jaurès die letzteren, auf den Kongreß von Nancy zu achten und die abschüssige Bahn zu prüfen, auf welcher man sich zur Zeit befindet.

Antimilitaristisches.

St. Etienne, 7. Okt. Makate antimilitaristischer Inhalts, in denen die Soldaten u. a. zur Fahnenflucht und zum Ungehorsam aufgefordert werden, sind in der Nacht hier angeschlagen worden. Bei Tagesanbruch wurden die Plakate von der Polizei wieder entfernt.

Rom, 7. Okt. Gestern fanden hier wie in anderen großen italienischen Städten antimilitaristische Versammlungen statt.

Japan und Amerika.

Newyork, 7. Okt. Die Bundesregierung verfügt eine schärfere Bewachung der Grenzen zur Fernhaltung der Japaner, welche über Mexiko und Kanada kommen. Die japanische Regierung gewährt nur Pässe nach Hawaii, woher dann die Japaner auf Umwegen in die Vereinigten Staaten eindringen.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Soz. Verein.) Morgen Mittwoch, den 9. Oktober, 4867
Ausführung bei „Schaufelberger“.

Karlsruhe. (Gesangverein Kassala.) Heute abend punkt 9 Uhr große vom ganzen Chor. Vollständiges Erscheinen aller Sänger erwartet dringend. 4861 Der Vorstand.

Karlsruhe. (Jugendorganisation.) Mittwoch, den 9. Okt. keine Versammlung. Die nächste außerordentliche Mitgliederversammlung findet am Samstag, den 12. Okt. statt, wozu vollständiges Erscheinen der Mitglieder erwartet wird. 4860

Freiburg. (Jugendorganisation.) Donnerstag, den 10. Okt. abends 8 Uhr im neuen alkoholfreien Restaurant, Kaiserstr. 4863
Versammlung.

Briefkasten der Redaktion.

Ziengen. Unsere Ausgabe ist es nicht, auszuforscheln, warum der deutsche Kaiser erst kurz vor der Verlesungsfestlichkeiten in Karlsruhe ankam und um 1/4 Uhr bereits wieder reiste. Darüber mögen sich andere Leute die Köpfe zerbrechen.

Seite 6.
Eisenbahn...
Eggwald...
coline von...
arbeiter...
von Liff...
hören.
Geh...
Vater...
Berich...
Bismarck...
arbeiter...
3. Okt.:...
Vater...
zur...
Kaufmann...
jung, Wä...
Zob...
mann...
Witwe...
jung, Kran...
Sehe...
Großh...
Sonntag...
mittags...
Silber...
Sezauer...
Prof...
den...
nerstags...
in Kupfer...
Berlin.
Großh...
Kun...
Lung...
Leber...
entworfen...
der Hof...
vom Hof...
tagen...
lich Mont...
Großh...
San...
Gebäude...
gellich...
und nach...
Großh...
Kun...
tag, Mitt...
Sänger...
Schloß...
Juni und...
Archival...
(Bildpro...
vom 1. S...
Uhr, Di...
1. Sept...
Großh...
Lan...
geöffnet...
Kun...
und 2-4...
schlossen...
Bibli...
Ende Jun...
(außer S...
nerstag...
Freitag...
täglich...
bis einsch...
tag-Nach...
geschlossen...
Großh...
bata...
und Sonn...
Die Gem...
auf weiter...
Stadtgar...
Eintritt...
Feldwe...
Feiertag...
Abfischer...
Luh, au...
Eintritt...
3 Mt.)...
Monat...
preis...
von...
M. Baun...
S. Pauf...
B. Camb...
Prof. Th...
B. Hüfen...
C. Lamb...
Prof. M...
M. Wä...
Bochle...
Thor...
Christus...
würdig...
jeden Mo...
Vesichtig...
Großher...
Kaiser...
dem Kaiser...
Prinz Wilh...
im Schlo...
Kommand...
Scheffel...
Kun...
Kun...
Bismarck...
Der Fest...
Krieger...
chemal...
Stephan...
von Wilh...

Gewerkschaftskartell Karlsruhe.

Dienstag den 8. Oktober, abends 8 Uhr, im Kleinen Festhalleaal

Lichtbilder-Vortrag

über „Kulturbilder aus deutscher Vergangenheit“ von Herrn Theodor Meenzen aus Leipzig-Lindenau. Eintritt pro Person 25 Pfg. Kinder unter 10 Jahren haben keinen Zutritt. Karten im Vorverkauf bei den Gewerkschaftsvorständen und in den bekannten Lokalen und Zigarrenhandlungen erhältlich. Die Kartellkommission.

Apollo-Theater.

Dienstag den 8. Oktober erstes Gastspiel des Oberpriesters **Lohn Maa** mit seinen 7 heiligen **Chunguten**. echte Chinesen und Chinesinnen. Es finden nur 7 Gastspiele statt. Während den Gastspielen findet der Vorverkauf nur an der Theaterkasse von 11 bis 1 Uhr statt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem uns so schwer betroffenen Verluste unseres lieben Gatten, Vaters und Sohnes, insbesondere Herrn Stadtbaurat Demuth für die tröstlichen Worte, dem Gesangsverein Freundschaft für den Grabbesang, dem Eisenbahnerverband, Athletengesellschaft Karlsruhe, Tischgesellschaft Kollegia, sowie allen, die ihn zu seiner letzten Ruhe begleiteten, sowie für die vielen Blumenpenden. sagen wir unseren herzlichsten Dank. Karlsruhe, den 7. Oktober 1907. Die trauernden Hinterbliebenen **Amalie Stiehling, geb. Bracht, Familie Jakob Stiehling.**

Danksagung.

Für die uns bewiesene Teilnahme an dem Hinscheiden unseres Sohnes, Bruders, Schwagers und Onkels **Rudolf Holl, Kaufmann** sowie die starke Beileidbegleitung und die reichen Blumenpenden sprechen wir hiermit unseren herzlichen Dank aus. Karlsruhe, den 8. Oktober 1907. Die trauernden Hinterbliebenen: **Max Holl nebst Kindern.**

Erfinder!

10000 Mk. und mehr, und hoher Gewinnanteil werden für gute Erfindungen oder Ideen ausbezahlt. Alle Verbesserungen, Erfindungen und Rat schläge kostenlos gegen 20 Pfg. Postmarken. **Wagners Patent-Ingenieur-Bureau Karlsruhe, Ecke Hübisch- und Kriegerstraße. Telefon 2440.**

Freiburg. Geschäftsübernahme.

Einem still. Publikum zur Kenntnisnahme, daß ich die **Spezerei-Handlung** von **G. Grether, Ecke der Klara- und Stühlingerstraße**, übernommen habe. Es wird mein Bestreben sein, die verehrl. Kundenschaft aufs Beste zu bedienen. Geneigtem Zuspruch steht entgegen. Hochachtungsvoll **Karl Urgast, Klarastr. 73.**

Fest- u. Vereinszeichen

aller Art in Gold, Email und Metall, Vereinsfähnen, Schärpen, Fahnen, schleißen, Brust- und Gurtband für Turner, Strawatten etc. liefert **Gewerkschaftskartell Lörzsch.** Adresse: A. M. A. 11 an der Eisenbahnstr. NB. Kataloge, Originalmuster etc.

Lesen! Fortsetzung Lesen!

staunend billigsten, besten Schuhwarenverkaufs

Von jetzt bis Weihnachten hat Jedes Gelegenheit, bereits zu Fabrikpreisen einzukaufen. Ich reflektiere nur auf großen Umsatz und kleinen Nutzen, um Jedes zu überzeugen, daß meine Waren hier zu den billigsten und besten gehören. Herren, Damen u. Kinder werden praktisch nach Wunsch in allen Fassonen, Epith., Rund- u. Breitform bedient. **Herren-Saten-, Schnallen- und Zugstiefel, Vorkalbf. Mk. 9.75, Wachsleder Mk. 7.75, Knaben-Satenstiefel, Vorkalbf. Mk. 8.00, in Wachsleder Mk. 6.00, 86-89, Damen-Schür-, Knopf- u. Zugstiefel Vorkalbleder Mk. 8.75, in Wachsleder Mk. 6.75. Kinder-Saten-, Schür-, u. Knopfstiefel in Vorkalbleder u. Wachsleder ebenso billig. Herren-Sohlen und -Häuten Mk. 2.85, genäht Mk. 3.00, für Knaben Mk. 2.50, Damen-Sohlen u. Häuten Mk. 2.00, genäht Mk. 2.10, Kinder je nach Größen. Alles in bester und schnellster Bedienung wie nirgends anderswo. Nur beim einzigsten hiesigen besten und billigsten **4358****

Schuh-Bruder (Grüner Hirschstr. 10) Nahe der Kaiserstr.

Habe meine Praxis wieder aufgenommen **Robert Schneider, Vertr. d. Naturheilkunde** (Berater der Naturheilvereine Karlsruhe u. Umgeb. Sprechstunden: 1-4 Uhr, und Sonntags vormittags. **Karlsruhe, Ruppurestr. 20, 2. Stk. Telefon 1741. 4304**

Detektiv-Bureau, Rechts-Auskunftei

Schloßplatz 5, parterre, C. Krebs besorgt überall distrikt und gewissenhaft Ermittlungen über Verbrechen, Familien- und Vermögensverhältnisse, sowie Erforschung von Beweismaterial in Straf- u. Zivilprozessen. Heimliche Beobachtungen und Ueberwachungen. Spezialität: Ermittlung von Beweismaterial in Scheidungs- und Alimentations-Prozessen. Rechtsauskunft, Vertreibung und Zulassung von Forderungen, Witt- u. Gesuche jeder Art. Langjährige, durch Ablegung zweier juristischer Fachprüfungen unterfützte Erfahrungen bei Gerichten und mehrfache Tätigkeit bei Rechtsanwälten. Verbindungen an allen Plätzen der Welt. Strengste Diskretion. Auskünfte ohne größeren Zeitaufwand kostenlos. **4001**

Ein grösserer Posten besserer Herren-Kleiderstoff-Reste

4042 von 1,20 m bis 3,25 m, per Meter Mk. 2,80, 3.-, 3,50, 4,50, 5.-, 5,50, 6.-, 6,50, 7.- in nur ausgesucht prima Qualitäten. (Muster werden keine verabreicht. **Kaiserstr. 93 II. Arthur Baer, Kaiserstr. 93 II. Karlsruhe.** Reise- u. Versandhaus in Manufaktur u. sämtl. Ausstattungsartikel.

Lacht, Radler! Gummiabschlag!

Mäntel, montiert unter Garantie, Mk. 3.90 **Schläuche mit Garantie montiert, Mk. 2.90** Latexen Mk. 1.40, Reifkanten Mk. 3.50, Glocken von 45 Pfg. an, Hosenhalter 5 Pfg., Radhänder 95 Pfg., losst. Zubehör zu konkurrenzlos billigen Preisen. Ersatzl. Fahrräder von 100 Mk. an, mit 30 Mk. Anzahlung und 8 Mk. Abzahlung. Alle Reparaturen werden von tüchtig. Fachmann prompt und billigst ausgeführt. - Vertreter von Stoewers **Greif-Fahrräder.** **J. Weiss, Fahrradhdg., Freiburg i. Br. (Stühlinger) Klarastrasse 46 Telefon 1153.**

Herrenwäsche, Damen- & Kinderwäsche

Jacob Eck, Kaiserstr. 48. Freiburg i. Br.

Neuen Apfelwein

(süßen sowie Reifer), 8857 aus prima saurem Moststoff geteilt, empfiehlt billigst die **Apfelweinkelterei, Carl Franzmann, Durlach.**

Schmerzlose Zahnoperationen werden fählich ausgeführt.

Durch Verwendung nur guten Materials bin ich in der Lage, **dauernde Garantie** für von mir gelieferte künstliche Gebisse zu gewähren. **8007/25** Anerkannt naturgetreuer Zahnersatz. Keine 2 Markzähne. Nur gute Zähne. Sehr mässige Preise. **Zahnatelier Deininger, Dentist, Werderplatz 35.**

3-Zimmer-Wohnung

mit Zubehör sofort gefast. Südstadt beborzugt. Offert. Preisangabe an d. Exp. d. erbeten.

2-Zimmerwohnung

sofort zu vermieten. **Wiesburg, Hardstr. 7, 2. St.**

Junge Mädchen

welche das Sticken erlernen wollen, sofort gesucht. **Frau Biederer, Marienstr. Nr. 78, Hinterhaus 1. St.**

Junges Mädchen

für leichte Näharbeiten gesucht. **fort gesucht. Wielandstr. 2. Stod.**

Betten

2 Bettstellen in Mischelauffbau 2 Mäfte, bessere Matragen u. Kollter, neu, zu dem billigsten Preis von 160 Mark zu verkaufen. **Jos. Kirrmann, Möbelager, Seibelstraße 4.**

Schuhwaren

1 großen Posten Herren- und Damenstiefel, dem Vorkalbf von Mk. 7,50, Knaben- u. Arbeitstiefel zu außerordentlich billigen Preisen. **Wilh. Müller, Schuhmacher, Seibelstraße 4, Mühlburg, beim Bahnhof.**

Verbandsstoffe Artikel zur Krankenpflege

kaufen Sie ausserst billigst bei **Apotheker Straus, Drogerie in Mühlburg.** Fabriken, Krankenkassen etc. erhalten Rabatt. **Wilh. Eckert, Uhrmacher, Marienstr. 20, nebst dem Apollo-Theater empfiehlt sein Lager in Taschen- u. Wanduhren, billige Reparaturwerkstätte, Trauringe, 8 u. 14 Kar. gelumpelt, das Paar v. Mk. 12-27, Brillen u. Brillen.**

Bahnstr. 32, Stb. 2. St.

ist ein Zimmer mit 2 Betten zu verm. **Schloßstr. 93 3. St. ist ein möbliertes Zimmer (auf 14 Morgenstr. gef.) auf 15. Okt. zu vermieten.**

Dringewagen u. Kramwagen

billig zu verkaufen. **Werderstr. 55, 4. St.**

Zugvorrichtungen

mit 2 und 3 Stangen für Stross- u. Vordränge, fertig zum Gebrauch sowie polierte **Holz-Galerien** in allen Größen. **Eigene Fabrikation u. Großbetrieb** sowie **Wäscheleine-Halter** D. R. G. M. Verhütet das Herabhängen der Wäsche und schon die Wäscheleine empfiehlt billigst **J. Blum, Fabrikation u. Eisenwaren, 49 Schönenstraße 49, Nadelmarken.**

Gold- u. Silberwaren

Dortheimer Fabrikat. **Trauringe ohne Lötlage D.R.P.** in jeder Preislage. Ferner **Besteckfächer, Metallwaren usw.** empf. in reicher Auswahl zu billigsten Preisen **Christian Fränkle, Goldschmied, Karlsruhe, Kaiserstrasse**

Gewerkschaftskartell Karlsruhe.

Der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells **Georg Wolf** wohnt jetzt **4365 Werderstr. 57, 5th. parterre.**

Gesangverein Hadenia.

Dienstag den 8. Oktober 1. 3., abends halb 9 Uhr, **Gesangsprobe** für 1. Tenor und 1. Bass. **Donnerstag den 10. Okt. 1. 3., abends halb 9 Uhr, Gesangsprobe** für 2. Tenor und 2. Bass. **Sonntag den 13. Oktober vormittags 11 Uhr Gesamtprobe.** Der Vorstand.

Möbel verschenkt

niemand; bevor Sie aber solche kaufen, bitte um Ihren Besuch. **Kein Kaufzwang.** **Jul. Weinheimer, Polstermöbel-Fabrik und Lager, Kaiserstraße 81/83. 4353**

Milchgeschäft

80 bis 100 Liter oder mehr, zu kaufen gesucht per sofort, oder 1. November. Näheres Erped. d. Volksfreund. **4359**

Gänselebern

werden fortwährend angeliefert: **Erbringerstr. 21 im 2. St.** Wer leidet einem Arbeiter gute Bedingungen und Wirtshaus. Näh. bei der Erped. d. Blattes. **4236**

Wer leidet einem Arbeiter

gute Bedingungen und Wirtshaus. Näh. bei der Erped. d. Blattes. **4236**

Wer leidet einem Arbeiter

gute Bedingungen und Wirtshaus. Näh. bei der Erped. d. Blattes. **4236**

Wer leidet einem Arbeiter

gute Bedingungen und Wirtshaus. Näh. bei der Erped. d. Blattes. **4236**

Wer leidet einem Arbeiter

gute Bedingungen und Wirtshaus. Näh. bei der Erped. d. Blattes. **4236**

Wer leidet einem Arbeiter

gute Bedingungen und Wirtshaus. Näh. bei der Erped. d. Blattes. **4236**

Wer leidet einem Arbeiter

gute Bedingungen und Wirtshaus. Näh. bei der Erped. d. Blattes. **4236**

Wer leidet einem Arbeiter

gute Bedingungen und Wirtshaus. Näh. bei der Erped. d. Blattes. **4236**

webte, in... sei nicht... dempolit... römischen... mußte sei... zur Staat... fachen, daß... der römische... kritische... die Kirche... wahren... gewannen... die G... demokr... Es ist ein... seit nicht... zu geben... amerkanit... wenigstens... macht. Für d... waren die... waren soj... sie eine gr... wertertum... handelt. I... gegen Alim... der damali... sich auch die... große fran... soziale Ne... jählichen M... Die franzü... die Reform... Bewegung. Der V... Hitteren de... Die „er... hnd der Ma... Turnerscha... Turnerscha... als Arbeit... laubnis zur... billigt er... dem Verein... Die... Männertu... maligen... tele Fahne... an die S... Hinter... vierlich der... gezogen und... einen Nage... um Andert... Schöpfh... lang hat sic... Stelle am 1... Bekannthe... Sengen, leitfindende... bezetis mac... juchen u... die die un... außerdem j... Engesordaus... leigensaffen... freunde un... numieren. Offenbu... Juli stellte... Bürgerausch... Bemerbesch... denoffen S... sellen dafür... fuchen zu t... Lebeitszeit b... Sache wurde... Befugung ver... schents, den... mittagsfunde... zwei Abende... 1-8 Uhr abe... seiten Schlaf... fertig sind na... Arbeiter in d... Run, die Zei... schlafenen G... Den erch... meister und a... Angaben gem... man gesonden... man die Wal... welcher Mijit... verzichten, sie... Mühen schafft... Die gewo... Rürnberg ha... stellt der Me... 6. Buch- und... verband je 4... arbeiterberban... weiterin der... Selene Grün... bewegung. Un... Eine Konf... soll nach eine... rube in di...